

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi, liebe Leserinnen und Leser,

da ist in den ersten Tagen des Advents 2014 in den Medien verkündet worden, dass die NATO eine schnelle Eingreiftruppe installieren will; sie wird im westfälischen Münster ihren ständigen Standort haben. Begründet wird dies mit der Bedrohung durch Russland. Diese Etablierung ist nur ein kleines Beispiel für die weitere zunehmende Militarisierung in Europa und weltweit. Es scheint nur diese Option politischen Handelns zu geben, im Fokus stehen kaum Maßnahmen friedenspolitischer Art.

Ein Blick in die regionale und globale Szenerie zeigt eine ganze Reihe von kriegerischen Auseinandersetzungen, z.B. in der Ukraine, in Afghanistan, dem Irak, Syrien, Nigeria etc., die nur eine Strategie haben: Militäreinsätze.

Wenn wir dann noch verheerende EBOLA- Seuche betrachten und die Zahlen der Opfer in Westafrika mit dem bevölkerungsreichen Deutschland in Relation setzen würden, dann würden im kommenden Jahr 11 Millionen Menschen an der Seuche sterben, dann können wir nur noch mit dem Propheten schreien oder rufen: *“Uns geht es so, als wärest du nie unser Herrscher gewesen, als wären wir nicht nach deinem Namen benannt. Reiß doch den Himmel auf und komm herab, so dass die Berge vor dir zittern.“* (Jes. 63,19)

Zu fragen bleibt in dieser Situation: Was lässt uns diese globale Misere ertragen, welche Optionen haben wir als kleine Friedensgruppe angesichts der weltweiten militärischen Dominanz? Was kann uns trösten, welcher Geist kann uns Hoffnung geben auf das Ende von Gewalt und Terror, auf Hunger, Seuchen und vorzeitigen, gewaltsamen Tod? Was beseelt uns, gibt es für uns noch eine messianische Hoffnung oder Utopie? Können unsere jüdischen Schwestern und Brüdern uns nicht ein Vorbild sein? Haben sie in ihrer dreitausendjährigen Geschichte trotz vieler Diskriminierungen, Isolierungen, Vertreibungen, Gefangenschaften, ja sogar einer systematischen Vernichtung von 6 Millionen Glaubensbrüdern ihre messianische Utopien nicht verloren! Ihre Religion und ihr Glauben hat alle diese Katastrophenüberlebt; sie sind ihrem Gott treu geblieben.

Die diesjährige Bistumsversammlung hatte das Rundschreiben „Evange

lii gaudium“ von Papst Franziskus im Fokus. Eine Teilnehmerin hat kurz prägnant formuliert und resümiert: „Das Papstwort ist wirklich eine frohe und Mut machende Botschaft.“

Die vier kategorischen Verneinungen des Rundschreibens standen am Vormittag der Versammlung im Vordergrund:

1. Das Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung
2. Das Nein zur einer neuen Vergötterung des Geldes
3. Das Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen und
4. Das Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt.

Am Nachmittag wurde die Kritik des Papstes „an einer Wirtschaft die tötet“ durch die Erkenntnisse des Soziologen Ulrich Beck erweitert: Der einzelne Mensch wird immer mehr den Zwängen des Arbeitsmarktes unterworfen und ist aufgerufen, sich zu optimieren. Die Referenten erinnerten aber auch an die Taufe der Christenmenschen: Das kategorische Nein, das Nein an die Mächte des Bösen, steht vor dem Ja zur Aufnahme in die Gemeinschaft der Christen. Allein, diese beiden Aspekte können nicht alle aufgeworfenen Fragen beantworten.

Sind wir nicht mit der Taufe auch zum Propheten berufen worden, „der die Finger an die Wunden legt und die Schreie der Völker“ fokussiert und sich nicht damit abfindet, dass die Täter über die Opfer triumphieren? Ist es nicht unsere heilige Pflicht, dem Unrecht, der Gewalt, dem Tod und Verderben einen Namen zu geben, und lauthals überall gegen die Mächte des Todes zu protestieren und demonstrieren?

Vielleicht können wir dann kräftig das alte adventliche Lied singen, das unser Pater Friedrich Spee, der um 1620 auch in Trier gewirkt hat, lauthals und sehnsüchtig sang:

- | | |
|---|--|
| <i>1. O, Heiland reiß den Himmel auf,
Herab, herab vom Himmelslauf.</i> | <i>4. Wo bleibst du Trost der ganzen Welt,
Darauf sie all ihr Hoffnung stellt?</i> |
| <i>Reiß ab vom Himmel Tor und Tür,
Reiß ab wo Schloss und Riegel für.</i> | <i>O komm, ach komm vom höchsten Saal
Komm tröst uns hier im Jammertal.</i> |

Ihnen und Euch allen eine besinnliche Adventszeit, ein friedliches Weihnachten 2014 und ein gesegnetes Neues Jahr

Schalom

Egbert Wisser

Wirtschaftsseminar vom 30.01. bis 01.02.2015 in Kyllburg

Kapitalismus in der Krise

Krisentheorie, Krisenentwicklung, aktuelle Krisensituation

Referent: Claus-Peter Ortlieb, Redakteur der Theoriezeitschrift „exit! Kritik und Krise der Warengesellschaft“,

Ort: Auf dem Stift 6, 54655 Kyllburg

Zeit: Beginn 30.01. 17:30 Uhr; Ende 01.02. 14:30 Uhr

Anmeldung bis 09.01: Rudi Kemmer , rudi.kemmer@t-online.de,
06571-3310

Kosten: Mehrbettzimmer: 75 €, Einzelzimmer:85 €, ermäßigt30 €,
Förderbeitrag: 90 €

In der ersten Jahreshälfte hat sich der pax christi - Vorstand im Bistum mehrfach mit dem Schreiben „**Evangelii gaudium**“ von Papst Franziskus beschäftigt. Ein Ergebnis war der Studientag auf der diesjährigen Bistumsversammlung. Die Presseerklärung dazu steht auf der Homepage der Bistumsstelle unter Meldungen.

Bei der Sitzung im November waren die Erklärungen deutscher Bischöfe zur Situation in Syrien und im Irak Thema. Dazu veröffentlichte der Vorstand die Stellungnahme „**Einspruch**“, die in diesem Heft abgedruckt ist. Ebenfalls hat der Vorstand auch die **Ebola-Epidemie** thematisiert und eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Zunächst wird die Regierung daran erinnert, dass sie ja weltweit Verantwortung (*welche ist gemeint?*) übernehmen will und der bisherige Einsatz als minimal gekennzeichnet. In dem Brief heißt es u.a.: „Und schließlich fragen wir die Bundesregierung: 1. Gibt es angesichts der lebensbedrohenden Erkrankungen, z. B. Malaria, von der Bundesregierung geförderte Programme in der Pharmakologie? 2. Hat die Bundesregierung Deutschland ein Forschungsprogramm initiiert, das die Seuche EBOLA in den Fokus nimmt? 3. Würden solche Forschungsvorhaben nicht dem Geist einer christlich – sozialdemokratischen Regierung entsprechen? 4. Würden sich nicht hier zeigen, was von diesen vollmundigen Aussagen „Deutschland dürfe nicht abseits stehen und internationale Verantwortung übernehmen“ in ihrer Konsequenz zu erwarten wäre? Hier könnte unser Land tatsächlich eine Vorreiterrolle in der westlichen Wertgemeinschaft übernehmen?“

Ihren konkreten Antwort unserer Fragen entgegen sehend“

Am 27. Juli wurde in der evangelischen Kirche in Saarlouis ein ökumenischer **Gottesdienst** gefeiert, der an den **Beginn des Ersten Weltkrieges** erinnerte. Er stand unter dem Motto: „Wider das Vergessen – unsere Schritte zum Frieden“ und erinnerte an die Katastrophe, die dieser Krieg für Europa und ganz konkret auch für Saarlouis bedeutet hat. Außerdem wurden Möglichkeiten aufgezeigt, wie solche Schritte der Eskalation vermieden werden können. Mitveranstalter war pax christi-Saar. Innerhalb des Aktionsmonats(Juni/Juli) im Saarland zum Thema: **„Militarisierung der Gesellschaft“ - Militär auf dem Vormarsch** – fand ein Diskussionsabend zum Thema „Militärseelsorge abschaffen?“ statt. Einen Bericht drucken wir ab, vgl. auch die Bilderseite.

pax christi in Wittlich hatte zusammen mit anderen Trägern zwei Veranstaltungen organisiert: am 14.10.14 im Rahmen der **Christlich-islamischen Gespräche** in Wittlich zum Thema „Hiob in Bibel und Koran“ mit den Referenten Liselotte Musseleck und Tahir Dogan; am 24.11.; am 25.11.2014 in Trier referierte Clemens Ronnefeldt zum Thema „Syrien und der Nahe Osten“. Berichte über die Veranstaltungen sind in dieser Ausgabe abgedruckt.

Es ist beeindruckend, dass **Muslime und Christen aus der Region Trier**, die im interreligiösen Dialog verbunden sind und einen „Runden Tisch“ eingerichtet haben, eine Erklärung gegen die Gewalt im Nahen Osten herausgegeben haben. Darin heißt es: „Als Christen und Muslime lehnen wir Gewalt im Namen der Religion ab. Religion darf nicht zur Ausübung von Gewalt missbraucht werden. Gewalt im Namen der Religion stellt einen schweren Eingriff in die Rechte des Menschen auf Leben, auf Achtung seiner Würde und seiner Freiheit dar, der nicht gerechtfertigt werden kann.“

An dieser Stelle soll auch auf zwei Veranstaltungen des Sozialforums Koblenz hingewiesen werden: am 21.10. referierte die ver.di-Gewerkschaftssekretärin für den Amazon-Standort Koblenz zum Thema **„Arbeitsbedingungen bei Amazon“**. Sie legte dar, welchen Preis die schnellen und günstigen Lieferbedingungen haben: Extrem standardisierte Arbeitsabläufe, sehr hoher Leistungsdruck und niedrige Löhne. Am 18.11. war Gerhard Klar, Journalist aus Köln, zu Gast. Das Thema lautete: **Indien – Die Größte Demokratie der Welt?** Er ging der Frage nach, wie die Realität der Menschen aussieht angesichts der Mode-

rnisierung des Landes. Dabei zitierte er häufig aus Dominik Müller: „Indien die Größte Demokratie der Welt - Marktmacht, Hindunationalismus – Widerstand“. Dieser hatte für sein Buch eine Fülle von Interviews geführt von Kleinbäuerinnen bis zu Geschäftsleuten, von Menschenrechtsaktivisten bis zum Whistleblower. Das Fazit: Westliche Konzerne und einige wenige indische Global Players realisieren auf Kosten der Bevölkerung einen exorbitanten Reichtum, während Millionen indischer Benachteiligter ins Elend gestürzt werden. Auch das Buch „Die Mikrofinanzindustrie - die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut“ wurde immer wieder zitiert.

Ein besonderes Erlebnis war das Konzert der „Grupo Sal“ mit Ernesto Cardenal am 28.11. in Polch.

Das FriedensNetz Saar kritisiert den CDU-Abgeordneten Theis, der die Meinung vertreten hat, dass die LPM(Landesinstitut für Pädagogik und Medien) keine „Abgrenzung gegen die Arbeit der Bundeswehr“ zu leisten hat. Sie wirft ihm vor, er sabotiere mit seinen Redebeiträgen und Attacken nicht nur aktive christliche Friedenspolitik, sondern gleichzeitig auch das aktuelle demokratische politische System der BRD, da 'Krieg' zum „Sieg“ wie die Geschichte zeigt, fast stets mit Meinungsdictatur einherging.

Der rheinland-pfälzische **Friedenspreis** wurde an **Annamalt und Edward Naujok** vergeben. Die Laudatio hielt der Oberbürgermeister von Trier, der auf die Vielzahl der politischen Themen im Werk von Annamalt und deren sprachliche Aufbereitung durch Edward Naujok einging. Im Rundbrief 2012-1 haben wir Bilder und Texte der beiden vorgestellt.

Die **FriedensDekade** unter dem Motto „**Befreit zum Widerstehen**“, zu der auch der Präsident von pax christi, Bischof Algermissen, aufgerufen hat(vgl. den Beschluss „Einspruch“ in dieser Ausgabe im Anschluss an Hinweise) und die Planungen für den **Friedenswinter 2014/2015**(vgl. Web-Seite) der deutschen Friedensbewegungen zeugen von der Notwendigkeit des Engagements aber auch von dem Willen „Kriegsrhetorik durch Friedenslogik zu ersetzen.

Am 01.12. wurde eine Ausstellung über das Leben und Wirken von **Franz Stock**, der durch sein Wirken im besetzten Paris vor allem in der Begleitung der zum Tode Verurteilten zum Pionier der deutsch-französischen Versöhnung geworden ist, im Generalvikariat eröffnet.

Adventvesper 2014

Die folgenden Texte sind Auszüge aus einem Adventsgottesdienst, der in diesem Jahr in Koblenz gehalten wurde. Es sind abgedruckt: der Impuls, das Gebet, die Hinweise zu den Lesungen und Psalmen und die Auslegung des Evangeliums. Der gesamte Gottesdienst, dessen Entwurf Heri Böttcher zur Verfügung gestellt hat, ist unter Spiritualität auf der Internetseite unserer Bistumsstelle veröffentlicht.

Impuls

Israels Geschichte lässt sich als eine Geschichte des Vermissens Gottes lesen. Sie zeigt uns eine „Landschaft aus Schreien“. In den Schreien aus dem Leid drückt sich das Vermissen Gottes als Sehnsucht nach dem Ende von Unrecht und Gewalt aus. Das Vermissen setzt jedoch ein Wissen voraus, die Erinnerung an die große Erzählung der Befreiung. Erst dieses Wissen lässt fragen: Soll die Geschichte der Befreiung ‚umsonst‘ gewesen sein, gleichsam ‚im Nichts‘, in der Vernichtung enden?

Der Widerspruch zwischen erinnerter Befreiung und dem Vermissen der Befreiung, der Widerspruch zwischen dem Glauben, dass Gott als Befreier ‚geschehen‘ will, und dem Vermissen, dass auch in der Gegenwart ‚geschieht‘, was der Name Gottes verspricht, kann Israels Geschichte nicht auflösen. Und auch der Glaube an den Messias aus Israel kann die bedrängenden Fragen nicht zum Verstummen bringen.

Der Advent konfrontiert mit diesen offenen Fragen. Er stellt sie als Schrei nach Gott und seinem Menschensohn. Die offenen Fragen und die Wunden der Menschheitsgeschichte werden am Beginn des Kirchenjahres zur Überschrift, unter der das ‚Wissen‘ um Gott, die große Erzählung von der Geschichte der Befreiung erinnert werden. Dieses Erinnerungswissen lässt danach schreien, dass Gott und sein Menschensohn den verschlossenen Himmel öffnen und endlich ‚geschehen‘ lassen, was Gottes Name beinhaltet und was sein Menschensohn in seinem Leben hat Wirklichkeit werden lassen.

Gebet:

Gott, biete deine Macht auf und komme! Wie lange noch müssen Menschen unter Unrecht und Terror leiden? Willst du zusehen, wie deine Schöpfung der Vernichtung preisgegeben wird? Hat dein Geist keine

Macht in einer Welt, die sich dem ‚Fetischismus des Geldes‘ ausgeliefert hat? Ist diese Welt so verschlossen, dass auch du keinen Schlüssel findest, um ihr Gefängnis zu öffnen und dem Leiden deiner Menschen in deiner Schöpfung ein Ende zu setzen? Wo bleiben dein Reich und seine Gerechtigkeit? Wo bleibt dein Menschensohn?

Solange wir nach dir und deinem Reich fragen, solange in uns die Sehnsucht nach dem Menschensohn und seiner menschlichen Welt lebendig ist, haben wir uns noch nicht abgefunden mit einer Welt voller Leid, damit dass deine Schöpfung der Vernichtung preisgegeben wird. Aber was ist mit dir, Gott? Hörst du die Schreie der Versklavten nicht mehr? Verbirgst du dein Angesicht vor der globalen Katastrophe? Wir jedenfalls hören die Schreie und sehen die Katastrophen. Und deshalb hören wir nicht auf, dich zu bedrängen:

Lass dein Angesicht leuchten und deinen Menschensohn endlich erscheinen. Mach ein Ende all dem Leid. Mach uns zu Menschen, die Stand halten, zu Menschen die nicht aufhören danach zu suchen, wie die Erde zu einem menschlichen Ort werden kann.

Lesungen und Psalmen

Wo bleibt Gott, wo bleibt der Menschensohn angesichts einer Welt, die auf eine Katastrophe zutreibt? Diese Frage zieht eine zweite Frage nach sich: Wo bleibt der Mensch? Beide Fragen verbinden sich in einem Text aus dem Propheten Jesaja. Angesichts der Katastrophe des babylonischen Exils reflektiert er kritisch Israels Geschichte, die das Königtum zum Götzen gemacht und mit seinem Gott der Befreiung gebrochen hatte. Und so fand die Geschichte der Befreiung in der Katastrophe des babylonischen Exils scheinbar ihr Ende. Die kritische Reflexion der eigenen Geschichte wehrt sich dagegen, dass alles zu Ende sein soll. Sie sucht die Irrwege zu erkennen. Darin öffnet sich der Horizont für einen neuen Exodus. Und so wird auch Gott den verschlossenen Himmel endlich wieder aufreißen und seinem Volk entgegenkommen.

1. Lesung: Jes 63,16b-17.19b;64,3-7 **Psalm 80:** Gl 48 (735)

In Israel keimt die Ahnung, dass der Exodus kein einmaliges Ereignis war, sondern immer wieder neu ‚geschehen‘ kann – auch als Exodus aus dem verschlossenen Grab, das Babylon heißt. Solche Ahnung tröstet und wird zur Aufforderung, Israels Gott, der als Befreier neu

kommen will, einen Weg zu bahnen – und wieder einmal durch die Wüste hindurch. Nicht die Könige, sondern Gott selbst wird sich darin als Hirte seines Volkes erweisen.

2. Lesung: Jes 40,1-5.9-11 **Psalm 85:** Gl (633) 123

Die Lesung vom heutigen Fest Mariä Erwählung rückt die Sünde Adams in den Blick. Es ist jene Sünde, in der Erkenntnis dazu dient, Verhältnisse der Unterdrückung und Gewalt zu schaffen statt auf den Wegen der Befreiung zu gehen. Die Verantwortung dafür schiebt Adam auf Eva ab. Und hinter allem steht die Schlange. Sie symbolisiert eine unheimliche Kraft, die Menschen dazu verführt, den Gott der Befreiung durch Fetische der Unterwerfung und des Todes zu ersetzen. Und so entsteht eine geschlossene Welt von Fetischverhältnissen. Ihr ist die Fähigkeit zum Transzendieren, zum Überschreiten ihrer selbst geschaffenen Grenzen abhanden gekommen. So hat sie auch keinen Zugang mehr zum Gott der Befreiung.

3. Lesung: Gen 3,9-15.20; **Canticum:** Gl 633.8

Evangelium: Lk 1,26-38;

Auslegung

Mit der Lesung aus dem Buch Genesis und dem Evangelium vom Fest Maria Erwählung werden Eva und Maria gegenübergestellt. Trotz ihrer Mitverantwortung am Vertauschen von Gott und Götzen wird Eva Mutter des Lebens genannt. Damit wird die Möglichkeit angedeutet, dass geschlossene Fetischverhältnisse doch nicht das letzte Wort sein müssen. Wenn wir die Karikaturen der biblischen Maria, die wir in den Kirchen finden, einmal ebenso bei Seite lassen wie die so leichte ‚aufgeklärte‘ Kritik daran, können uns einige der Dimensionen begegnen, die Lukas mit seiner Darstellung Marias verbindet.

„Sei gegrüßt, du Begnadete, der Herr ist mit dir.“ (1,28) Dieser Gruß ist eingegangen in das ‚Gegrüßest seist du, Maria...‘ Vergessen aber ist die Herkunft dieses Grußes. Lukas greift mit diesem Lobpreis Marias auf eine Befreierin Israels zurück – gar eine Gewalttätige. Es ist Judith, die durch die Tötung des Holofernes Israel vor einer neuen Unterdrückung bewahrt hat. Von ihr heißt es im Buch Judith: „Meine Tochter, du bist von Gott, dem Allerhöchsten, mehr gesegnet als alle anderen Frauen auf der Erde.“ (Jdt 13,18) Mit dem Gruß des Engels stellt Lukas Maria in den

Zusammenhang der Befreiungsgeschichte Israels. Wie Judith ist Maria eine Mutter der Befreiung. Mit ihnen ist ‚der Herr‘, Israels Gott. In ihnen ‚geschieht‘, was Inhalt des Gottesnamens ist.

Ebenso wie Judith hat Maria – so heißt es bei Lukas – „bei Gott Gnade gefunden“ (1,30). Wer weiß, was sich manche Christen sich unter ‚Gnade‘ vorstellen und ‚aufgeklärte‘ Zeitgenossen daran bspötteln!? Beide haben nichts verstanden. ‚Gnade‘ ist biblisch nichts anderes als ein Ausdruck dafür, dass Gott die Schreie der Versklavten hört. Nicht moralische Korrektheit, sondern einzig ihr Leiden ist Antrieb für Gottes Befreiungsgeschichte. Solche Befreiung ist ‚gratis‘, also gratia. Sie muss und kann nicht durch moralischen Konformismus oder politische Korrektheit ‚verdient‘ werden.

Israels Gott „hat auf die Niedrigkeit seiner Magd gesehen“ (1,48). So wird Maria ihre Erwählung besingen. Genauer wäre zu übersetzen: „Er hat auf die Erniedrigung seiner Sklavin gesehen.“ So wird deutlicher, worum es geht: Maria steht für die Erniedrigung Israels zur Zeit der Römer. Es scheint aussichtslos, dass Israel sich noch einmal neu als befreites Volk konstituieren kann. Aber auch in dieser Situation sieht Gott neu auf die Erniedrigung seines versklavten Volkes und seine Leiden unter der Gewaltherrschaft des römischen Reiches, der offensichtlich niemand mehr entkommen kann.

Gottes Antwort ist ein Kind, das Maria ohne Zutun eines Mannes empfangen wird (vgl. 1,31). Es kommt in die Geschichte, steht in der Tradition Israels und kann dennoch nicht aus ihr abgeleitet werden. Radikaler kann der Bruch mit Fetischverhältnissen kaum zum Ausdruck gebracht werden. In diesem Kind wird Israels Gott ganz ‚geschehen‘, ganz Wirklichkeit werden. Es wird ohne Bruch, ohne Sünde, ganz erfüllt sein vom Geist des Gottes der Befreiung (Lk 4,16ff), der in der bisherigen Geschichte immer wieder verraten wurde. Nicht aus sich selbst, sondern aus der Kraft dieses Geistes von Israels Gott der Befreiung wird dieses Kind als Erwachsener an der Seite der Armen und Versklavten aufstehen und widerstehen, kompromisslos und radikal, ‚unverständlich‘ für diejenigen, die nur in der Logik der Verhältnisse zu Hause sind, ‚unvermittelbar‘ für alle, die keinen Bruch mit den Fetischverhältnissen riskieren wollen.

Und so kommt es, wie es kommen ‚musste‘: Sein Weg führt von der Krippe zum Kreuz. Auf diesem Weg ‚geschieht‘ das, was der Name Gottes beinhaltet. Deshalb wird bereits dieses Kind im Gegensatz zu Augustus ‚Herr‘ und ‚Retter‘ genannt. Denn Israels Gott hat dieses Kind nicht dem Tod seiner Henker preisgegeben, sondern ausgerechnet diesen Erniedrigten zum Anfang einer Welt der Befreiung gemacht, einer neuen Schöpfung ohne Versklavung an Fetischverhältnisse. Deshalb besingt der Hymnus aus dem Kolosserbrief den Messias „als das Ebenbild des unsichtbaren Gottes, als den Erstgeborenen der ganzen Schöpfung“ (Kol 1,15). In ihm ‚geschieht‘ Israels Gott ‚ganz und gar‘ und ohne ‚wenn und aber‘. „Mit seiner ganzen Fülle“ wollte er „in ihm wohnen“ (Kol 1,20). Deshalb ist dieser Messias „vor aller Schöpfung“; deshalb hat „in ihm ... alles Bestand“ (Kol 1,17).

Maria ist die ‚Erwählte‘ des Gottes Israels, weil sie ganz im Dienst der Geschichte der Befreiung steht. Diesen Dienst nimmt sie an, wenn sie sagt: „Ich bin die Magd des Herrn; mir geschehe, wie du gesagt hast.“ (1,38) Und auch hier kann eine andere Übersetzung deutlicher hervorheben, um was es geht: Magd des Herrn heißt nichts anderes als Sklavin Gottes. Maria erklärt sich zur Sklavin Gottes – wie vorher Israels Propheten sich als Knechte, als Sklaven Gottes verstanden hatten und wie der Messias selbst der ‚Knecht Gottes‘ schlechthin sein wird. In ihnen ‚geschieht‘, was Israels Gott versprochen hat – unüberbietbar in dem einen Messias aus Israel; denn in ihm ‚geschieht‘ die ‚ganze‘ Befreiung. Und diese Befreiung soll ganz und für alle Menschengeschwister Wirklichkeit werden. Als Mutter des Messias ist Maria die Mutter der Befreiung. Sie steht nicht für ‚sich selbst‘, sondern für ihr erniedrigtes und beleidigtes Volk. Aus seinem Schoß wird der Messias als Gottes neue Schöpfung geboren, als Befreier aus sich verschließenden Fetischverhältnissen.

Einspruch

Der Präsident von pax christi, Bischof Algermissen, beginnt seinen Aufruf zur diesjährigen Ökumenischen FriedensDekade folgendermaßen: „Die verzweifelte Lage der christlichen und anderen Bewohnerinnen und Bewohner des Nahen und Mittleren Ostens übersteigt, was wir mit unserem Mitgefühl ausdrücken können. Auf die Arabellion für Menschenrechte folgt ein Feldzug der Gräuel. Viele Menschen hierzulande fühlen sich angesichts dieses Schreckens zerrissen zwischen Hilflosigkeit und dem Ruf nach militärischen Antworten. In akuter Not rufen die Menschen im Kampfgebiet nach Waffen und Beistand und übertönen jene, die vor noch mehr Waffengewalt warnen.“

Er macht damit deutlich, der Reflex helfen zu wollen, führt sehr schnell dazu, militärische Optionen für notwendig anzusehen. Das schlägt sich auch in Verlautbarungen deutscher Bischöfe nieder. Der Trierer Bischof Ackermann, Vorsitzender auch der deutschen Sektion von „Justitia et Pax“ befürwortet in einem Interview mit dem Trierischen Volkfreund (vgl. Ausgabe vom 16.10.2014) militärische Intervention. Im TV heißt es:

„Wenn alle anderen Möglichkeiten ausgereizt seien, bleibe als letzte Möglichkeit nur das militärische Eingreifen“. Und weiter: „Ackermann weiß um den Zwiespalt, sagt >Politisches Bemühen muss immer an erster Stelle stehen<. Aber: Das Vorgehen des islamischen Staates habe Züge von Völkermord, Menschen würden vertrieben, Menschenrechte systematisch verletzt. <Da darf man nicht einfach tatenlos zusehen>, sagt der Bischof.“

Auch in der Presseerklärung vom 25.08.2014 des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz zur Situation im Mittleren Osten unter dem Titel „Der Terror im Irak muss aufgehalten werden“ wird gefordert: „Der Terror muss aufgehalten werden, und die unzähligen Vertriebenen müssen die Chance erhalten, zügig in ihre Heimat zurückzukehren. Deshalb begrüßen wir es, dass die Staatengemeinschaft in diesen Tagen intensiv über eine wirkungsvolle Bekämpfung der ISIS-Terroristen berät. In Deutschland wird vor allem über die Lieferung von Waffen an die kurdischen Kämpfer diskutiert, die sich dem Ansturm von ISIS entgegenstellen. Dazu möchten wir als Bischöfe festhalten: Militärische Maßnahmen, zu denen auch die Lieferung von Waffen an eine im Konflikt befindliche Gruppe gehört, dürfen niemals ein selbstverständliches und unhinterfragtes Mittel der Friedens- und

Sicherheitspolitik sein. Sie können aber in bestimmten Situationen auch nicht ausgeschlossen werden, sofern keine anderen – gewaltfreien oder gewaltärmeren – Handlungsoptionen vorhanden sind, um die Ausrottung ganzer Volksgruppen und massenhafte schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die rechtliche Pflicht der Staaten, gegen Völkermord aktiv tätig zu werden, und die sogenannte ‚Schutzverantwortung‘ (responsibility to protect) zur Abwehr schlimmster, viele Menschen bedrohender Verbrechen. Diese Maßgabe entspricht den Grundsätzen der katholischen Lehre über den gerechten Frieden.“

Wenn auch eingebettet in den Rahmen kirchlicher Friedensdokumente wird sowohl in der Äußerung des Rates als auch des Bischofs von Trier die militärische Option unter bestimmten Voraussetzungen als möglich, klassisch als „ultima ratio“ angesehen. Die Wirkung dieser Äußerungen angesichts der Vorgänge im Nahen Osten ist allerdings, dass die Waffenlieferungen oder auch der Einsatz von Militär faktisch legitimiert werden – vergleiche dazu die Überschrift im TV zum Interview des Bischofs. Da diese Stellungnahmen in einer konkreten Situation gemacht werden, werden die allgemeinen Grundsätze mehr oder weniger überhört.

Das Anliegen, die betroffenen Menschen zu schützen wie der Aufruf, die Flüchtlinge aufzunehmen und zu unterstützen, ist zwar verdeutlicht, aber für die Situation im Nahen Osten fehlen entscheidende Gesichtspunkte. Das gilt umso mehr, weil in keiner Weise erkennbar ist, wohin die Reise dort gehen soll. Die Darlegungen der Bischöfe führen unter anderem dazu, dass das Handeln von Staaten, die an den Auseinandersetzungen beteiligt sind, gewissermaßen abgesegnet wird, obwohl sie oft die ganze Misere herbeigeführt haben. Die Hintergründe dieser Konflikte werden nicht kritisch reflektiert.

Stellungnahmen fordern die Analyse des Kontextes. Wer sich zu den Kämpfen und ihren Folgen äußert, sollte ohne „wenn“ und „aber“ Ross und Reiter nennen. Also der IS ist mit Wissen oder Mitwirken einzelner Golfstaaten, Saudi-Arabiens, der Türkei und schließlich auch der Vereinigten Staaten gesponsert worden Diese Staaten bilden - die Türkei ist dabei sehr zurückhaltend - auch das Kampfbündnis gegen den IS. Dabei werden die gleichen Methoden angewandt, die auch den IS stark gemacht haben: nämlich vor allem finanzielle Unterstützung und Waffenlieferungen, aber indirekte Formen wie Duldung von

Rekrutierungsmöglichkeiten oder Schmuggel von Öl oder Kulturgütern. Niemand kann sagen, wann welche Gruppierung aus dem Ruder läuft. So muss man zur Kenntnis nehmen, dass andere islamisch-fundamentalistische Gruppen wie die Islamische Front oder al Nusra, die in einer gewissen Distanz zum IS stehen, unterstützt werden. Diese Rebellen werden künftig ihre militärische Ausbildung auf dem Territorium Saudi-Arabiens erhalten. Serge Halimi kennzeichnet in der *le monde diplomatique* von Februar 2013 im Zusammenhang mit Mali derartige Situationen so: „Erst wenn es zu spät ist, weil alle besseren Alternativen verworfen wurden, steht man vor der Wahl zwischen einer schlechten und einer noch schlechteren Lösung.“

Ferner darf nicht verschwiegen werden, welche Interessen die Beteiligten verfolgt haben. Den arabischen Staaten, der Türkei aber auch der US-Regierung ging es neben anderen Optionen darum, Assad los zu werden und damit die Achse Syrien-Iran zu schwächen. Dabei wird die historische Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten aktualisiert. Das Königshaus und andere Notabeln Saudi Arabiens, das die heiligen Stätten von Mekka und Medina hütet, unterstützen aktiv die Verbreitung der dortigen Interpretation der Sunna(Wahhabiten). In diesem Zusammenhang werden die politischen Ziele als Auseinandersetzung um den „wahren Islam“ überhöht. Der Glaubenskampf gegen die schiitischen „Häretiker“ hat die Sunniten bis nach Europa hin mobilisiert.

Allein diese Hinweise machen schon deutlich, dass der Hinweis auf die kirchliche Friedenslehre ohne Kontextbezug Akteure gewähren lässt, deren Absichten und Interessen aber auch deren Methoden alles andere als zustimmungswürdig sind. Die Destabilisierungen, die aus diesen Vorgehensweisen folgen, sind von Somalia über Afghanistan bis nach Libyen bekannt.

Mit dem Blick auf biblische Erinnerungstradition von Frieden und Gerechtigkeit erwartet der Vorstand von pax christ im Bistum Trier von kirchlichen Stellungnahmen, dass sie deren Maßstäbe als Schwerpunkt setzen. Im Johannesevangelium(14,27) wird dieser deutlich ausgesprochen und betont, dass es einen Unterschied zwischen dem Frieden des Herrn und dem der Welt gibt: „Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch. Nicht wie die Welt gibt, gebe ich euch.“ Das beinhaltet für uns, dass die weltlichen Muster benannt werden. Dazu gehört, dass die konkreten Zusammenhänge und Ursachen aufgezeigt, den beteiligten Entscheidungsträgern die Verantwortung und das

jeweilige Desaster vor Augen geführt und sie an ihre Verpflichtungen erinnert werden. Das bedeutet beispielsweise, dass sie:

1. die Interessen der Akteure angefangen bei Ressourcensicherung und Handelsinteressen bis hin zu Machtsicherung und Vorherrschaft benennen und in Frage stellen. Anders gesagt, es muss für jeweilige Situation konkretisiert werden, wie die Agenten des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Erde und die Menschen ausplündern und zerstören. Im Irak und auch Syrien sind standen das Machtkalkül gegen den Iran und der Ressource Öl im Vordergrund. Eine Folge ist der eskalierte Kampf zwischen Sunniten und Schiiten. Warum werden nicht ein Waffenembargo oder andere Sanktionen für Staaten wie Katar oder Saudi-Arabien gefordert oder nicht ein Nato-Gipfel, auf dem die Türkei oder die USA ihr Agieren zu rechtfertigen hätten, da sie ja auch die Solidarität des Bündnisses in Anspruch nehmen?

2. nicht verschweigen, wie diese Interessen schon im Normalfall (Jean Ziegler: Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der dritten Welt) und noch deutlicher in dieser Krisen- und Kriegssituationen Tod bringend sind. Bevölkerungen werden zu Flüchtlingen gemacht und ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Die dschihadistische Zuspitzung des Religionskampfes macht die Menschen zum Freiwild. Der Stopp aller Rüstungsexporte an Drahtzieher und Waffenlieferer zusammen mit der Forderung nach Unterbindung des illegalen Waffenhandels wäre eine Mindestforderung. Da Saudi Arabien zu den Drahtziehern gehört, käme da schon die deutsche Regierung ins Spiel.

3. die jeweiligen Machenschaften und Vorgehensweisen offen zu legen und der jeweiligen Propaganda mit ihren Lügengeschichten zu widersprechen. Die wahren Ziele und Mittel sind offen zu legen und zu entlarven. Selbst aner kennenswerte Ziele(z.B. Menschenrechte) rechtfertigen keine Vorgehensweise nach dem Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Hier geht es darum offen zu legen, welche Rebellengruppen logistische und materielle Unterstützung von Staaten erhalten.

4. die Akteure nicht aus der Verantwortung entlassen für das, was sie angerichtet haben. Das mindeste wäre, für die Folgen gerade zu stehen und den bedrohten Menschen einen Ort zum Leben anbieten. Flüchtlinge benötigen mehr als Versorgung, sie haben Recht auf eine Lebensperspektive. Es geht nicht nur um Appelle an Gutwillige, sondern um Schadensausgleich durch die wahrlich nicht armen Verursacher

angefangen von den arabischen Ölstaaten bis hin zu den USA oder auch der EU.

5. nur Aktionen vorschlagen, die mit internationalen Vereinbarungen wie vor allem der Charta der UNO vereinbar sind. Selbstermächtigung ist nicht friedensstiftend. Vom Sicherheitsrat der UN sind Maßnahmen zu treffen, um den Frieden zu sichern. Weder Anträge zur Unterstützung der eigenen Politik noch Blockadehaltungen helfen weiter.

6. auch die wahrscheinlichen Folgen beschreiben, sollten sie ein militärisches Eingreifen befürworten - was wir nicht als sinnvoll ansehen. Wer nur den „guten“ Zweck (Krieg aus ethischen Gründen!) benennt, hat keine Garantie, dass nicht noch größerer Schaden angerichtet wird. Wer beispielsweise Waffen – Raketen, wie jetzt an die Kurden - liefert, die Zielorte radioaktiv verseuchen, unterstützt nicht nur kriegerische Handlungen, sondern verursacht langfristige Schäden für Bewohner dort. Also, wer ein „Übel“ beseitigt, hat noch nichts „Neues“ geschaffen(vgl. Irak, Lybien).

7. die jeweiligen Akteure zum Politikwandel und zur Wiedergutmachung auffordern. Ändert sich die Interessenlage nicht(vgl. 1), wird sich auch die Politik nicht ändern. Ohne Optionen für eine Bestandsaufnahme gegenwärtiger Politikparadigmen und -muster und ihre Revision dienen Aktionen bestenfalls der Brandlöschung.

Wenn der Rat der Bischofskonferenz an die Pflicht der Staaten erinnert, „gegen Völkermord aktiv tätig zu werden, und die sogenannte ‚Schutzverantwortung‘ (responsibility to protect) zur Abwehr schlimmster, viele Menschen bedrohender Verbrechen“ wahr zu nehmen, heißt das in der konkreten Konfliktregion „den Bock zum Gärtner“ zu machen. Hinzu kommt, dass nach den Erfahrungen von Afghanistan bis Syrien(bisher) überhaupt nicht erkennbar ist, ob sich durch einen militärischen Einsatz etwas zum Guten wendet. Möglicherweise werden bestimmte Menschengruppen vor Schaden bewahrt während andere unter die Räder kommen.

In dem Aufruf zur ökumenischen FriedensDekade wird zumindest die militärische Option mit Fragen versehen. Es heißt dort: „Um nicht als Nichtstuer zu gelten, sind wir oftmals geneigt, gegen eigene Grundsätze und wider besseres Wissen für Militäreinsätze zu plädieren. Sind aber die militärischen Antworten nicht eine ebenso hilflose Geste?“ Ebenfalls wird richtiger Weise die Frage nach politischen Konzepten gestellt.

Dennoch sind die Aufforderungen zum Handeln sehr allgemein und wirken daher blass.

Was ist festzuhalten:

Trotz des Wunsches, den bedrohten Menschen Hilfe zukommen zu lassen, ist die Rede von der „ultima ratio“ kontraproduktiv, zumal wenn sie die konkrete Situation nur unter der Opferperspektive einbringt. Zuerst einmal dürfen die Verantwortlichen für das Desaster nicht geschont werden und ihre Doppelbödigkeit – die sich immer noch fortsetzt – ist aufzudecken. Sie sind an die Pflicht der Wiedergutmachung zu erinnern, was sich zum Beispiel im vehementen Einsatz für die Flüchtlinge zeigen sollte. Wer von militärischen Optionen spricht, ist leichtsinnig, wenn er den Bezug zum Konflikt nicht konkretisiert. Er ist blind, wenn er die Absichten der Handelnden nicht durchschaut, voreilig, wenn er die Folgen nicht ins Auge fasst, und schlecht beraten, wenn er die Instrumentarien der internationalen Organisationen vernachlässigt.

Es ist mehr als bedauerlich, dass die Stellungnahmen des ständigen Rates und das Interview von Bischof Ackermann so sind, dass Politik daraus ablesen kann, dass Waffenlieferungen und auch der Einsatz von Soldaten kirchliche Zustimmung erhalten.

Dagegen erhebt pax christi im Bistum Trier sehr entschiedenen Einspruch.

Kontakte

Diözesanverband Trier: Vorsitzender und Geschäftsführung: Egbert Wisser, Bachweg 29c, 56072 Koblenz, Tel. 0261/21355

Geistlicher Beirat: Horst Peter Rauguth, Kalkofenstr.46a; 66125 Saarbrücken, Tel. 0681/947190-14

Weitere Vorstandsmitglieder:

Albert Hohmann, Am Meulenwald 34, 54343 Föhren, 06502-6729;

Rudi Kemmer, Danziger Str. 48, 54516 Wittlich Tel. 06571/3310;

Michael Koob, Treverispassage 15, 54290 Trier, 0651/9927234;

Werner Schwarz, Auf der Träf 7, 54317 Korlingen, Tel. 06588/776;

Joachim Willmann, Belinger Str. 39, 54516 Wittlich-Wengenrohr, Tel. 06571/3954

Viele Phänomene machen noch keine Analyse aus, viele kleine Schritte verändern nicht ‚das Ganze‘.

Anmerkungen zur Mainzer Botschaft der Ökumenischen Versammlung 2014

von Herbert Böttcher und Dominic Kloos.

Der pax christi Vorstand im Bistum dankt dem Ökumenischen Netz für die Möglichkeit diesen Artikel abzdrukken. Er möchte damit auch Impulse geben, die inhaltliche Diskussion der Versammlung fortzusetzen.

Die Ökumenische Versammlung im Mai 2014 brachte mehr als 500 Menschen aus der deutschsprachigen Ökumene insbesondere aus Deutschland, aber auch aus Österreich und der Schweiz in Mainz zusammen. In etwa 100 Workshops, Podiumsdiskussionen und Open Space-Phasen wurden viele analytische und zukunftsweisende Inhalte sowie künstlerische Facetten rund um die ökumenischen Trias Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung diskutiert und umgesetzt. Die Mainzer Botschaft ist die Quintessenz der inhaltlichen Diskussionen und kann weiterhin auf der Webseite des Netzes unter dem Punkt Ökumene gelesen werden.

Das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar war intensiv in die inhaltliche und administrative Vorbereitung und Durchführung involviert. Das Netz hatte gehofft, die Ökumenische Versammlung werde angesichts der sich dramatisch ausagierender Zerstörungspotentiale des Kapitalismus, emanzipatorische Perspektiven seiner Überwindung formulieren. Dass die Versammlung weit hinter solchen Erwartungen zurück geblieben ist, wird nicht zuletzt in der Mainzer Botschaft zur Ökumenischen Versammlung deutlich.

Dabei ist es der ÖV-Botschaft sehr wohl gelungen, auf der Phänomenebene die Widersprüche sehr deutlich zu formulieren. Zu recht wird festgestellt, dass

- „das aktuelle Zivilisationsmodell (...) grundsätzlich in Frage (steht)“,
- „(d)as ganze Leben (...) von einer kapitalistischen Anhäufungs- und Wachstumslogik beherrscht (wird)“ und
 - das „Überleben der Menschheit“ gefährdet ist.“

Solche Feststellungen, in denen die Dramatik des Überlebens der Menschen und der Schöpfung durchaus zum Ausdruck kommt, hätte aber zu seiner dezidierteren Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsform kommen müssen. Auch hier verkennen wir nicht Ansätze, die in die richtige Richtung weisen, Kapitalismus wird nicht auf ein Wirtschaftssystem reduziert, sondern als gesellschaftliches System begriffen. Aber auch bleibt die Erkenntnis leider auf nicht einmal halbem Wege stecken. Zu fragen wäre, was denn dieses gesellschaftliche System in seinem Kern bzw. in seinem Wesen ausmacht.

In dem von uns zur Vorbereitung auf die ÖV formulierten Positionspapier (vgl. auch Rundbrief 2014-2) haben wir dies versucht – in der Perspektive einer Kritik von Wert und Abspaltung, dem unser Netz folgt. Was den Kapitalismus als Gesellschaftsform prägt, ist demnach der Zwang, aus einem Euro zwei Euro zu machen, also der Zwang zu einer permanenten Verwertung des Werts, dem der Zwang zum Wachstum innewohnt. Gleich prägend ist die Abspaltung der weiblich konnotierten Reproduktion als stumme Voraussetzung des Verwertungsprozesses. Als ‚Ganzes‘ folgt die Binnenlogik dieses Systems dem irrationalen Selbstzweck der Verwertung des Werts. Diesem Zweck werden das gesellschaftliche Zusammenleben und das Leben der einzelnen unterworfen. Im Klartext: Dieses System hat immer schon Opfer gefordert. Die gegenwärtige Krise treibt dazu, die mit ihm verbundene Zerstörungsdynamik immer ungehemmter zu entfalten.

Wer ernsthaft nach Alternativen sucht, kommt nicht umhin, sich mit der ‚Logik‘ dieses Systems und seiner logischen inneren und ökologischen äußeren Schranken auseinanderzusetzen, die sich in den verschiedenen Krisenerscheinungen historisch ausagieren. Dann würde auch erkennbar, dass die systemimmanenten Lösungspotentiale für die Krisen erschöpft sind und nur eine radikale, d.h. die Form überwindende Perspektive realistisch ist.

Auf der ÖV ist bereits der Versuch, solche emanzipatorische Perspektiven in die Diskussion einzubeziehen an der Abwehrhaltung einer großen Zahl von Teilnehmern und Teilnehmerinnen gescheitert. Sie schien zu ‚theoretisch‘, ‚elitär‘, ‚besserwisserisch‘, ‚nicht vermittelbar‘, ‚doktrinär‘, ‚totalitär‘, ‚nicht praktisch‘ ... Und so kam es, wie es angesichts eines theoriefeindlichen Pragmatismus kommen musste, nämlich

zu Beschreibungen ohne Analyse, vor allem aber zu Widersprüchlichkeiten, aus denen sich keine emanzipatorische Praxis entwickeln lässt.

Das naive Vertrauen auf den Staat und die politische Form

Politik ist nicht einfach Gegenspieler der Ökonomie, sondern ein Teil des ‚Ganzen‘, d.h. der gesellschaftlichen Form des patriarchalen Kapitalismus.

Der Staat muss als ideeller Gesamtkapitalist die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft unter dem irrationalen Selbstzweck der Verwertung von Kapital garantieren. Politik kann nicht, wie sie will, sondern kann nur innerhalb der von der Wertschöpfung ermöglichten Spielräume gestalten. Über diesen Sachzwang kommt kein politischer Wille, kein Lobbygespräch, kein gesellschaftlicher politischer Druck hinweg. So ist es nur konsequent, wenn Staat und Politik zu Akteuren der Krisenverwaltung werden. Die Konsequenz solcher Einsichten wäre eine Radikalisierung der Kritik, die eben auch die politische Form zum Gegenstand der Kritik zu machen, statt mit ihr politische Hoffnungen zu verbinden. Damit ist auch klar, dass der Weg einer emanzipatorischen Überwindung des Kapitalismus nicht über die Eroberung politischer Macht und staatlicher Institutionen führen kann. Eine realistische Einschätzung von Staat und Politik und deren Kritik als gesellschaftliche Form ist Voraussetzung für eine emanzipatorische Perspektive, die Ideen von anti-kapitalistischen und nicht-fetischisierten gesellschaftlichen Vorstellungen in den Blick nehmen will.

Vor diesem Hintergrund ist die Ablehnung einer „marktkonformen Demokratie“ und die Affirmation einer „demokratiekonformen Wirtschaftsweise“ ebenso künstlich wie unrealistisch. „Demokratie“ als politische Form ist ohne Markt nicht zu haben oder besser gesagt: sie ist abhängig vom Verwertungsprozess. Politischer Wille kann lediglich in den Grenzen verwirklicht werden, die von der Wertschöpfung zugelassen werden. Insofern bleibt die Forderung nach Demokratisierung frommer Wunsch und politische Illusion. Alternativen – genau das wäre an ‚Realismus‘ aus der Analyse zu lernen – müssen einen gesellschaftlichen Zusammenhang jenseits von ökonomischer und politischer Form, jenseits von Markt und Staat konstituieren. Insofern hat das Mantra der Alternativlosigkeit, das uns die regierungsamtliche Politik einreden will, mehr Wahrheitsgehalt als uns lieb ist. Es wäre zu lesen als regierungsamtliches Eingeständnis, dass in den Formen von Markt und Staat keine Alternative,

sondern nur Krisenverwaltung mit immer weiteren Zusammenbrüchen möglich ist. Statt moralischer Entrüstung über besagtes Mantra, wäre es an der Zeit, nach Wegen zu Alternativen zu suchen, die das eiserne Korsett des Systemzusammenhangs sprengen.

Wertschätzung der Arbeit?

Die Mainzer Botschaft fordert eine „größere Wertschätzung aller Formen von Arbeit. Nach unserer Analyse ist Arbeit weder ‚wertzuschätzen‘ noch ein emanzipatorische Gegenpol zum Kapital, sondern Grundlage der Warenproduktion und damit Substanz des Verwertungsprozesses. Arbeit darf nicht ontologisiert werden, so dass jede inhaltlich qualifizierte Tätigkeit unter die Abstraktion Arbeit gefasst wird. Sie muss also kritisiert und nicht – wie in der Erklärung geschehen – „wertgeschätzt“ werden. Dem in der Mainzer Botschaft verwendeten Begriff der Arbeit sind jegliche Formen menschlichen Tuns untergeordnet. Damit wurde zum einen die notwendige Kritik an Arbeit und zum anderen eine begriffliche Genauigkeit und Achtung gegenüber anderen Tätigkeiten, die ‚Wertschätzung‘ verdienen, unmöglich.

Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus ist als Verwertungskrise von Kapital zugleich eine Krise der Arbeit. Im Kern ist sie dadurch charakterisiert, dass aufgrund des von der Konkurrenz erzwungenen Produktivitätsfortschritts eine Warenproduktion möglich wird, in der die menschliche Arbeit als Substanz des Kapitals überflüssig wird. Dies führt zu Massenarbeitslosigkeit ebenso wie zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Darauf mit einer Wertschätzung von Arbeit zu reagieren, verkennt die Rolle der Arbeit als Substanz des Kapitals ebenso wie die Unumkehrbarkeit der Entsorgung von Arbeit in der Verwertung von Kapital.

Der Kapitalismus ist – gerade aufgrund technologischer Innovation und der damit einhergehenden Entsorgung von Arbeit - zwar dazu in der Lage Unmengen an stofflichen Reichtümern zu produzieren. Diese können aber nicht mehr in Geld verwandelt werden. Was im Kapitalismus aber zählt, ist nicht stofflicher Reichtum zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern Reichtum in der (an die Arbeit gebundene) Wertform, d.h. Warenreichtum, der sich in Geld verwandeln lässt. Waren, die ihren (Arbeits-) Wert nicht in Geld zurückverwandeln können, sind wertlos und der Vernichtung preisgegeben. Da es nicht um stofflichen Reichtum, sondern um Reichtum in der Wertform geht, wird stofflicher Reichtum vernichtet. Diese Absurdität wird bei der Vernichtung

und Verschwendung von Lebensmitteln besonders deutlich. Auf dieses Phänomen hat die Mainzer Botschaft völlig berechtigt hingewiesen, aber eben nicht auf den strukturellen Zusammenhang von stofflichem und abstraktem Reichtum im Kapitalismus. Ohne diese Zusammenhänge bleiben aber nur unbegriffene Empörung und hilflose moralische Appelle.

Krise des Kapitalismus und die verkürzte Kritik des Finanzkapitalismus

Aufgrund des Schwindens der Arbeit als Substanz des Werts erreicht der Kapitalismus die Grenzen seiner Reproduktionsmöglichkeiten. Infrastruktur, Bildung, Systeme sozialer Sicherheit etc. sind von der schwindenden Wertschöpfung kaum mehr zu finanzieren. Einen kompensatorischen Ausweg schien der Finanzkapitalismus zu bieten, mit dem es zu gelingen schien, ohne Umweg über den Wertschöpfungsprozess durch den Handel mit Finanztitel Geld zu vermehren. Das Platzen von Blasen mit katastrophalen Auswirkungen ist die zwangsläufige Konsequenz.

Nur wenn der Zusammenhang zwischen Arbeit, Ware, Wert und Geld gesehen wird, lässt sich der Falle einer gefährlichen Verkürzung der Kapitalismuskritik auf die Kritik der Finanzmärkte bzw. des Casinokapitalismus entgehen. Eine solche Reduktion verkennt, dass die Wurzel der Krise nicht einfach beim Geld zu suchen ist, sondern in der Krise der Arbeit als Substanz für die Vermehrung von Kapital. Die damit verbundene Krise der Wertschöpfung soll über den Finanzkapitalismus kompensiert werden. Geld soll auch ohne Verausgabung von Arbeit gleichsam aus dem Nichts kriert werden. Geld bleibt als abstraktester Ausdruck des Werts auch in seiner Entkoppelung von der Realwirtschaft an diese rückgekoppelt. Als abstraktester Ausdruck des Werts bleibt es mit Arbeit, Ware und Wert verbunden. Wenn dieser Zusammenhang über die Finanzmärkte so überdehnt wird, dass das Vertrauen darauf verloren geht, dass er wieder hergestellt werden kann, platzen die substanzlosen, weil von keiner Arbeit bzw. ihrer Vergegenständlichung in Waren gedeckten Blasen.

Den Zusammenhang zwischen Arbeit, Ware, Wert und Geld zu sehen, ist nicht zuletzt deshalb wichtig, um strukturell antisemitischen Konnotationen der Kapitalismuskritik zu entgehen. In ihrem Fokus stehen das Geld und die Akteure, die mit ihm umgehen. Ihnen wird in einer verkürzten Kapitalismuskritik Gier vorgeworfen. Wenn die sog. Gier der Banker sich mit dem Vorwurf verbindet, die Banker kämen zu Geld ohne

dafür zu arbeiten, schlägt ein struktureller Antisemitismus in offenen Antisemitismus um. Für emanzipatorische Kapitalismuskritik ist es unverzichtbar auf dem Zusammenhang der Kritik von Arbeit und Geld zu bestehen.

Die Ausweglosigkeit der schwindenden Wertschöpfung zeigt sich auch in der Politik: Diese steht in dem Dilemma von Sparzwängen, die die Konjunktur abwürgen, und der Notwendigkeit von Ausgaben zur Rettung der Konjunktur. Im Rahmen der dem Kapitalismus immanenten Krise wird die Politik zur Krisenverwaltung des Kapitalismus, die dabei unter dem Zwang steht, zu immer rigideren und repressiveren Maßnahmen zu greifen, um den Funktionszusammenhang des Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Die Maßnahmen der Krisenverwaltung reichen von Sozialabbau und Sparmaßnahmen über zunehmende Überwachung im Inland bis hin zu Kriegseinsätzen im Interesse der Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und der Funktionsfähigkeit des weltweiten Krisenkapitalismus.

Mit dem Schwinden der Wertschöpfung gerät auch der Bereich der abgespaltenen Reproduktion in die Krise. Für die Reproduktion nötige Tätigkeiten sind immer schwerer aus der Wertschöpfung zu finanzieren. Frauen, die in Beruf und Haushalt doppelt vergesellschaftet sind, sind vor allem den mit der Krise verbundenen Lasten ausgesetzt. Aber auch ohne Beruf sind es vor allem Frauen, die mit der Bewältigung der Krisen konfrontiert sind. Nicht zuletzt scheint sich auch in wirtschaftlichen und politischen Bereichen ein entsprechender Trend abzuzeichnen: Je schärfer und auswegloser sich die Krise zeigt, umso mehr scheinen Frauen gefordert, sie zu ‚managen‘ bzw. zu verwalten.

Wo bleibt die theologische Reflexion in der Ökumene?

Mit dem Zitat aus der Bergpredigt – „Ihr könnt nicht beiden dienen Gott und dem Mammon.“ (Mt 6,24) greift die Mainzer Erklärung einen zentralen theologischen Zusammenhang auf: die Unterscheidung zwischen Gott und Götzen. Dabei wird Mammon „zeitgemäß“ mit ‚Kapital‘ wieder gegeben. In der Sache bleibt die Beziehung zwischen Gott und ‚Kapital‘ äußerst schwammig. Der Zusammenhang der Erklärung legt nahe, dass ‚Kapital‘ nicht als gesellschaftliches Fetischverhältnis begriffen wird, dem das Leben geopfert werden muss. Auch die Feststellung „(d)as ganze Leben wird von einer kapitalistischen Anhäufungs- und Wachstumslogik beherrscht, die zur ‚Staatsreligion‘ geworden ist (...)“ schafft keine Klarheit. Diese wäre erst zu erreichen, wenn erkannt würde, dass das vom

Kapital konstituierte gesellschaftliche Fetischverhältnis eine abstrakte Herrschaft darstellt, der durch moralische Appelle nicht zu entkommen ist. Sie kann eben nur als ‚Ganzes‘ in Frage gestellt und überwunden werden. In der Abstraktheit der Herrschaft liegt auch der wesentliche Unterschied zu antiken und mittelalterlichen gesellschaftlichen Verhältnissen, deren Herrschaft eher personal vermittelt ist.

Nicht schon die Übersetzung von Mammon mit Kapital, sondern die Einsicht in den Fetischcharakter des Kapitalverhältnisses macht Brisanz und Radikalität der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen im Kapitalismus aus. Nicht die moralisierende Klage, „dass wir Nutznießer des Systems sind“, rückt dann in den Vordergrund, sondern der ‚Freimut‘ zu radikaler Kritik wird zur primären ethischen Herausforderung. Theologische Reflexion und die Herausforderung zu radikaler Analyse sind verbunden über den Blick auf ‚das Ganze‘. Gott steht für ‚das Ganze‘ von Gesellschaft und Geschichte. Theologische Reflexion ist der Versuch, das konkrete Einzelne, vor allem das Leid der Opfer in der Geschichte, in Vermittlung mit ‚dem Ganzen‘, mit Gott zu sehen. Theologische Reflexion als Kritik der kapitalistisch konstituierten Fetischverhältnisse sucht das Leiden im Kapitalismus in Zusammenhang mit ‚dem Ganzen‘ der Fetischverhältnisse zu begreifen. Dabei ist das Funktionieren des Ganzen nicht einfach aus einer Summe seiner Einzelteile zu erklären. Das Wesen des kapitalistischen Ganzen drückt sich zwar inzwischen sehr deutlich im Partikularen (Landraub, Lebensmittelverschwendung, und in all den weiteren Phänomenen, die in der Erklärung genannt sind) aus. Fetischverhältnisse sind aber dann erst analysiert, wenn die Vermittlung des konkret Partikularen mit den ‚das Ganze‘ konstituierenden Formen begriffen wird. Erst im Rahmen solcher Erkenntnis lässt sich zwischen Gott und „Mammon“ unterscheiden. Im Fokus der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen wären biblische Texte neu zu lesen, der Glaube an den einen Gott Israels, seinen Messias und den Geist als Alternative zur Verinnerlichung der Fetischverhältnisse durchzubuchstabieren. Neu in den Blick kämen die Frage nach Sünde als Strukturen abstrakter Herrschaft und individueller Schuld als Affirmation der Fetischverhältnisse, die Frage nach Befreiung und einer Erlösung, die auch die Opfer vergangener Fetischverhältnisse umfasst.

Und die Kirchen?

Für die Kirchen käme es darauf an, sich statt den Mechanismen einer marktförmigen Religion ihrer eigenen Tradition ‚anzupassen‘. Dies bein-

haltet auch eine Auseinandersetzung mit ‚progressiven‘ Strömungen in den Kirchen, nicht zuletzt mit den ChristInnen, die sich als vermeintlich ‚kritische ChristInnen‘ um ‚Publik-Forum‘ scharen. Ihre Kritik speist sich nicht selten aus der kritiklosen Affirmation ‚aufgeklärten Denkens‘, das gegen kirchliche Feudalisten gerichtet wird, aber konsequent den Blick dafür verschließt, dass gerade die ‚aufgeklärte Gesellschaft‘, sich den gesellschaftlichen Fetischverhältnissen angepasst hat und als Kritik nur zulässt, was innerhalb dieser Fetischverhältnisse möglich zu sein scheint. Insofern besagt die Kritik von ‚Publik-Forum‘ an der Ökumenischen Versammlung mehr über den Zustand der sich selbst so nennenden ‚kritischen ChristInnen‘, als über die ‚Ökumenische Versammlung‘. Vor solch anachronistischer Kritik sei die ‚Ökumenische Versammlung‘ ausdrücklich geschützt. Es wäre fatal, wenn die ökumenische Bewegung solche Kritik beherzigen würde.

Statt um Anpassung an Moderne und Postmoderne müsste es um ihre Kritik gehen, nicht um eine Kritik, die sich illusionär nach alten Zeiten sehnt, sondern emanzipatorisch über Moderne und Postmoderne hinaustreibt. Statt deren Fetischen zu huldigen, kann sie sich – ganz unzeitgemäß – von der Auseinandersetzung mit biblischen Traditionen und ihrem konstitutiven Antifetischismus inspirieren lassen. Diese Traditionen sind geprägt vom Zusammenhang zwischen Gott und dem Schrei aus dem Sklavenhaus, zwischen Israels Gott und seinem gekreuzigten Messias, von der Unterscheidung zwischen dem Gott der Befreiung und den Götzen des Todes, die Anpassung und Unterwerfung fordern. Diese Unterscheidung wäre durchzubuchstabieren angesichts eines Kapitalismus, der sich als eine ‚Religion‘ inszeniert, bei der Transzendenz und Immanenz im kapitalistischen Verwertungszusammenhang verschmelzen (was letztlich das Ende von Religion bedeutet). Das Verschmelzen von Transzendenz und Immanenz impliziert die ‚totale Dienstbereitschaft‘ gegenüber der abstrakten Herrschaft des Kapitalismus, das Opfer als Selbstzweck, das dem Verwertungsprozess darzubringen ist. Genau besehen wäre der Kapitalismus dann keine Religion, sondern das Ende der Religion.

Gegenüber der Selbstabschließung und der Selbstimmunisierung des Kapitalismus könnte gerade die Gottestradiation, für die die Kirchen stehen, Horizonte der Befreiung eröffnen. Gott, von dem die Bibel erzählt, steht in Widerspruch zu geschlossenen ‚Totalitäten‘ wie Ägypten, wie Babylon, wie Rom. Er ist vor allem mit denen im Bund, die unter den Verhältnissen leiden und nach Wegen der Befreiung suchen. Die

messianische Bewegung erkennt Israels Gott vor allem im Aufstand des Messias gegen die Verhältnisse von Gewalt und Unterdrückung sowie in Gottes Treue zum gekreuzigten Messias, die er in der Auferweckung des Gekreuzigten gezeigt hat. Sein Aufstand gegen Unrecht und Gewalt, gegen Leid und Tod wird zum Aufstand derer, die aus der Kraft seines Geistes sich einer Totalität widersetzen, die über Leichen geht und die gesamte Schöpfung aufs Spiel setzt. In dieser Perspektive könnten Kirchen Gemeinschaften werden, die versuchen, samaritanisch denen beizustehen, die Opfer der Strukturen von Räuberei und Gewalt werden, prophetisch Zusammenhänge von Unrecht und Gewalt zur Sprache bringen, apokalyptisch empfindsam sind für die Zerstörungspotentiale des Krisenkapitalismus und sich – inspiriert von messianischer Hoffnung und kritischer Analyse – nicht abfinden mit der Welt, wie sie ist, sondern nach Möglichkeiten von Alternativen zum Kapitalismus Ausschau halten.

In diese Richtung können sich Kirchen nur dann bewegen, wenn sie der allgegenwärtigen Versuchung widerstehen, die subversiven Inhalte ihrer Tradition mit den gegenwärtigen Befindlichkeiten von Menschen in der Krise – ihrer Fixierung auf ‚Wellness‘ und Entlastung, nach Event und Unterhaltung – vermitteln zu wollen. Dabei bleiben die emanzipatorischen Inhalte auf der Strecke. Nicht ernst genommen wird das, wofür die Kirchen einzustehen hätten; nicht ernst genommen werden aber auch die Menschen, bei denen die Kirchen so gerne ‚ankommen‘ möchten. Übersehen und überspielt wird die reale Not, die sich im Verlangen nach beschwichtigenden und betäubenden spirituellen Surrogaten artikuliert. Die gesellschaftliche Erniedrigung von Menschen zu reflexionslos funktionierenden Rädchen im Verwertungsprozess wird kirchlich verdoppelt, wenn Kirchenfunktionäre meinen, den AdressatInnen ihrer Verkündigung kritische Einsichten und kritische Reflexion nicht zumuten zu können.

Ansatzpunkte

Die Dringlichkeit, mit der die Mainzer Botschaft vom Überleben der Menschheit spricht, das eben nicht in erster Linie mit dem Kauf von Produkten aus dem Fairen Handel, weniger Fliegen und Autofahren zu schaffen ist, sowie die angedeutete Zivilisationskritik bieten Ansatzpunkte, gemeinsam die Analyse weiterzutreiben. Es ginge darum, an die Wurzeln unserer Gesellschaftsformation zu gelangen und diese in Gänze emanzipatorisch in Frage zu stellen – d.h. nun aber weder ein

‚Zurück zur Natur‘ in einem reaktionär-technikfeindlichen Sinne zu fordern noch in die Fallen einer Regulation durch Staat und Politik zu geraten. Daher kann eine fetischismuskritische Sichtweise auch nicht ungebrochen an Vorstellungen eines etatistischen Sozialismus anknüpfen, der ja gerade nicht mit Warenproduktion und Arbeit gebrochen hat. Beides wäre das Gegenteil von Emanzipation und würde entweder fetischisierte Götzen-Gesellschaftsformen des feudalen Mittelalters oder eben den heutigen, kapitalistisch-patriarchalen Fetisch, der auf der allseits so geliebten Aufklärung des 18. Jahrhunderts aufbaut, nicht überschreiten.

Sozialismus wäre gleichsam neu zu erfinden als Suche nach einem gesellschaftlichen Zusammenhang, der es ermöglicht, von Menschen geplant und kontrolliert, in Prozessen der Kommunikation und Abstimmung für die Bedürfnisse von Menschen zu produzieren. Dabei können die produktiven Möglichkeiten im Rahmen einer neuen gesellschaftlichen Synthesis genutzt werden, die sich in der kapitalistischen Entwicklungsdynamik herauskristallisiert haben. Sie ständen jetzt nicht mehr im Dienst abstrakten, sondern stofflichen Reichtums, der dem Leben von Menschen dient.

Da die Mainzer Erklärung die Reflexion auf die Formen unterlässt, die den Fetischzusammenhang konstituieren, wirken die genannten Vorschläge wie ein postmodernes Sammelsurium von Ideen und Vorschlägen, die irgendwie alle gleich gültig sind. Sie wären aber genau dahin zu überprüfen, inwieweit sie einen Beitrag zu einer neuen gesellschaftlichen Synthesis leisten oder im Rahmen der Fetischverhältnisse eine alternative Nische suchen; inwieweit sie kategorial über den kapitalistischen Formzusammenhang hinausweisen oder illusionäre Forderungen und Ziele verfolgen, in denen der kapitalistische Formzusammenhang unreflektiert vorausgesetzt oder nur anders interpretiert, aber nicht überwunden wird. Erst dann kann sich zeigen, ob ihr Anspruch, ein Schritt zu einer Alternative zu sein, zu Recht besteht.

Dies schließt nicht aus, auch Projekte zu unterstützen und Handlungsmöglichkeiten zu verfolgen, die jetzt lebenden Menschen helfen, ihre Lebensperspektiven zu verbessern. Wir können in diesem Sinne sinnvolle Projekte unterstützen. Und es bleibt auch sinnvoll, bewusst und kritisch zu konsumieren. Wichtig wäre die Einsicht, dass sich damit eben nicht ‚das Ganze‘ auflöst, auch nicht wenn noch so viele Ansätze oder

Projekte nebeneinander stehen blieben, oder wir weitestgehend auf Konsum verzichten würden. ‚Das Ganze‘ ist eben nicht die Summe seiner Teile, sondern konstituiert einen eignen Zusammenhang. Wenn es um Alternativen geht, steht dieser Zusammenhang, das Innere ‚des Ganzen‘ zur Disposition. Er muss verändert werden, d.h. es geht darum, eine neue gesellschaftliche Synthesis zu finden.

Die Mainzer Botschaft bietet Ansatzpunkte hierfür, wenn die in die Ökumenische Versammlung involvierten Akteure es schaffen, den in der Abschlusserklärung dargestellten eigenen Widersprüchen nicht auf den Leim zu gehen, sondern sich einer kritischen Reflexion stellen. Theoretisch-analytische Reflexion verbunden mit humanitärer Praxis zum Lindern von menschlichem und ökologischem Leid, Experimentieren in der Suche nach Alternativen sind nicht voneinander zu trennen, sondern aufeinander zu beziehen. Praxis muss reflektiert und kritisiert werden. Wenn sie abstrakt überhöht wird, droht auch sie zum Selbstzweck zu werden (Hauptsache, wir tun etwas, was immer es auch sei und wir fühlen uns moralisch besser und wohl dabei). In diesem Sinne wäre die Mainzer Erklärung im Blick auf analytische Reflexion und im Dienst der Eröffnung humanitärer und vor allem emanzipatorischer Handlungsmöglichkeiten kritisch weiter zu treiben.

Christlich-islamisches Gespräch in Wittlich vom 14.10.2014 über Hiob in Bibel und Koran.

Auf Einladung von pax Christi - Gruppe Wittlich und dem christlich-islamischen Gesprächskreis haben Frau Liselotte Musseleck Religionslehrerin i.R. und Herr Tahir Dogan Dialogbeauftragter der Wittlicher DITIB-Gemeinde, vor 30 Besuchern die jüdisch-christlichen und die muslimischen Vorstellungen zum Hiobstext dargelegt.

Im Vorfeld des Gesprächs wurde zum Thema des IS-Terrors eine Kurzfassung der bundesweit veröffentlichten Erklärung „Kein Terror im Namen des Islam“ des Koordinationsrates der Muslime verlesen. Es wurde deutlich gemacht, dass sowohl das Entsetzen über die Gewalt und das Leid unter dem Terror, als auch das Anliegen von Gerechtigkeit und Frieden Christen und Muslimen gemeinsam sind.

Hiob, ein wohlhabender orientalischer Patriarch, gesegnet mit Familie und Freunden, reich an Gesinde, Land und Herden von Vieh, gottesgläubig, gottesfürchtig von vorbildlichem gerechten friedensbedachtem

Verhalten. Wie es in den biblischen und islamischen Erzählungen heißt, wurde er in kurzer Zeit von Unheil, Unglücken und herben Verlusten wie dem Tod von Kindern, von Vieh, von Gesundheit bis auf den Verbleib des nackten Lebens – wie es heißt mit Gottes Einverständnis – geschlagen.

Der Islam sieht schwerpunktmäßig das Leid als Prüfung und Erziehungsmaßnahme Gottes. Niemand hat Anspruch auf Glück; Dankbarkeit für das Gute, das uns widerfährt, sollte zu Geduld und Ergebung in schweren Zeiten des Lebens und zum Lernen führen. Solche Haltung wird Gott im Paradies reich belohnen.

In der Bibel treten dann Freunde auf, die beistehen und guten Rat geben wollen, aber auch tadeln und hinterfragen „Ist es je einem schlecht ergangen, der vor Gott untadelig gelebt hat?“ Hiob führt zuerst mit den Freunden, dann mit Gott ein Anklage- und Streitgespräch. Er fühlt sich nicht schuldig und nicht zu Recht bestraft. Gott antwortet ihm, tadelt ihn nicht für seine Klage, sondern er ruft ihn auf: „Stehe auf und zeige dich als Mann“. und fragt: Kannst Du was ich für die Welt und für Dich getan habe? Weißt Du um das alles?

Aus jüdisch-christlicher Sicht hat Gott die Welt mit ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten geschaffen, denen auch der Mensch unterliegt. Einen Zusammenhang zwischen Schuld und Unglück lehnt der christliche Glaube ab. Eine direkte Antwort auf die Frage: „Warum lässt Gott das Leid zu?“ haben wir als Christen nicht. Doch eine andere Antwort gibt Jesus mit seinem Leben und Evangelium der sich in Treue zu seinem Heilsauftrag in den Tod am Kreuz fügt. Gott bewahrt ihn nicht vor dem Tod aber er lässt ihn nicht im Dunkel des Todes, sondern erweckt und erhöht ihn zu ewigem Leben an seiner Seite.

Von jüdisch-christlicher Seite wird der Hiob-Text in der Bibel weder als historischer Bericht noch als unmittelbares Gotteswort gesehen, wohl aber als eine göttliche Lehrweisheit in einer literarischen Erzählung – und so als Gottes Wort.

An die beiden in dialogischem Wechsel gehaltenen Vorträge schloss sich ein lebhaftes Gespräch in Form von Fragen Antworten und Statements an. Wohltuend war die gegenseitige Respektierung, auch bei stark unterschiedlichen Auffassungen.

Bericht von Rudi Kemmer

Afghanistan: Präsidentschaftswahlen unter US-Bionetten

Von Matin Baraki

Der Wahlkampf um das Präsidentenamt in Afghanistan zeigt noch einmal die ganze Misere des Landes, seine Zerstrittenheit, seine vorbelasteten Akteure und ihren Machtpoker auf. Nach dem Abzug der Kampftruppen – die Bundeswehr wird weiterhin mit 850 Soldaten vor Ort sein - der westlichen Allianz sind die Zukunftsperspektiven immer noch düster. Die für diese Ausgabe gekürzte Darstellung von Dr. Baraki macht das noch mal mehr als deutlich. Die Originalfassung mit sämtlichen Fundquellen – aus allen großen Tageszeitungen der Bundesrepublik und der Schweiz – kann von der Bistumsstelle angefordert werden.

Den Kampf um den Kopf des toten Kalbes nennen die Afghanen, das schon im März 2013 faktisch begonnene Wahlkampftheater um das Präsidentenamt am Hindukusch, dessen erster Wahlgang am 5. April 2014 stattgefunden hat. Es geht auch jetzt wieder um Postenverteilung unter den Warlords und ihrer Entourage. Mohammad Asef Mohseni, Präsident der schiitischen Hesbe Wahdat (Einheitspartei), warf am 1. März 2013 auf einer Wahlkampfveranstaltung Hamid Karzai vor, nach den letzten Wahlen seiner Partei lediglich drei bedeutungslose Ministerposten überlassen zu haben. Interessanterweise verlangten alle politischen Parteien - zumindest verbal - saubere Wahlen. Haltet den Dieb schreien alle Diebe, sagen die Afghanen, die seit 2001 viele solche Wahlen ertragen mussten. Ahmad Wali Masud, der in der vorletzten Amtsperiode erster Stellvertreter Karzais war und während seiner Amtszeit auf dem Dubaier Flughafen mit 50 Mio. \$ in seinem Handgepäck festgenommen worden war, erinnerte auf derselben Wahlkampfveranstaltung an die unrechtmäßige Entmachtung des damaligen Präsidenten und Warlords Burhanuddin Rabbani auf dem Petersberg im Dezember 2001. Er verschwieg jedoch, dass gerade die drei Warlords der Nordallianz, zu deren Gruppe auch er selbst gehörte, nämlich Abdullah Abdullah, Mohammad Jonus Qanuni und Mohammad Qasim Fahim für die Ministerposten Äußeres, Inneres und Verteidigung ihren eigenen Präsidenten geopfert hatten. Rabbani wurde so einfach weggefegt, wie ein gebrauchtes Taschentuch und damit auf den Müllhaufen der Geschichte befördert. Da er vor zwei Jahren von einem Selbstmordattentäter getötet wurde, versuchten die Warlords der Nordallianz, Rabbani nun für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Mahmud Karzai, ein Bruder des noch amtierenden Präsidenten, verlangte am 8. März 2013 prophylaktisch, dass sich die Kandidaten für das Amt des Präsidenten per Unterschrift verpflichten sollten, die Wahlergebnisse im April 2014 ohne Widerspruch zu akzeptieren. So könnte dann die Familie Karzai ihren Betrugereien einen geregelten und abgesicherten Rahmen verleihen, meinten politische Beobachter in Kabul.

Was wird aus Hamid Karzai?

Nach der Verfassung durfte Präsident Karzai nicht zum dritten Mal für das Amt kandidieren, trotzdem war eine Medwedjew-Putin Variante für die übernächste Präsidentschaftswahl nicht ausgeschlossen, wenn sein älterer Bruder, Abdul Qaium Karzai, US-Bürger und CIA-Mann mit Geschäftssinn, 2014 kandidiert und die Wahlen gewonnen hätte. Er ist u.a. Inhaber eines afghanischen Restaurants in Baltimore, Maryland. In einem Interview mit einer US-Zeitung erklärte er: „Ich bin kein Politiker.“ Hat etwa das Präsidentenamt am Hindukusch Führerfunktion einer Kamelkarawane, das von beliebigen Mitgliedern des Karzai-Clans geführt werden darf, fragten sich die Afghanen. Unter den Kandidaten „befinden sich regierungsnahen Geschäftsleute, die sich in den letzten Jahren schamlos bereichert haben.“ Zu denen gehörte auch Abdul Qaium Karzai. Sein erster Stellvertreter Wahidullah Shahrani, ehemaliger Minister für Transportwesen, hätte schon 2010 wegen Korruption zur Rechenschaft gezogen werden müssen, meldete am 11. März 2010 Tolo-TV.

Aber auch im Falle eines Sieges von Außenminister Zalmai Rassoul, einer von unzähligen Vertrauten Karzais, gingen die Beobachter von einer Medwedjew-Putin Variante aus. Die Kandidatur von Rassoul hatte nicht er selbst, sondern Karzai schon im September 2013 ausgerechnet bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Spiel gebracht. ... Da er immer als farblos galt, ging er bei der Postenverteilung auf dem Petersberg leer aus. Er präsentierte sich als seriöser Bewerber. Sein erster Stellvertreter, der korrupte Warlord Ahmad Wali Masud ist gerade das Gegenteil. Nach einer Meldung der BBC und Aryana News hat Rassoul am 20. März 2014 auf einer Wahlveranstaltung vor geladenen Gästen mit über 100 Geistlichen angekündigt, religiöse Einrichtungen, wie Moscheen und Madrasas (Qoranschulen) als Teil seines Regierungsprogramms fördern zu wollen.- Als Präsident will auch er sofort das Sicherheitsabkommen mit den USA unterzeichnen.

Hamid Karzai hat sich rechtzeitig auf dem schwer bewachten Gelände des Präsidentenpalastes ein Haus errichten lassen. Auf welcher gesetz-

lichen Grundlage dies geschehen ist, bleibt sein Geheimnis. Er beabsichtigt also überhaupt nicht, nach Ende seiner Amtszeit den Palast zu verlassen und will als selbsternannter Berater fungieren.... Ende Juli 2013 hatte Hamid Karzai aus seiner Entourage eine Wahlkommission zusammengebastelt. Da Karzai „alle wichtigen Posten im Staat mit Loyalisten besetzt“, war es für ihn überhaupt kein Problem, beliebige Kommissionen und dergleichen nach seinem Geschmack zu ernennen. In der Wahlkommission fehlte sowohl ein Vertreter der Opposition als auch der Vereinten Nationen. Letzterer hatte bei den Wahlen im Jahre 2009 schwere Fälschungen der Karzai-Clique aufgedeckt. Dafür bekam die UNO nun die Quittung.

Die alten und die „Neuen“

Bis Ende März 2013 waren folgende Präsidentschaftskandidaten im Gespräch: Aschfar Ghani Ahmadzai, ein US-Mann und ehemaliger Manager der Weltbank sowie erster Finanzminister Kabuls nach der Vertreibung der Taliban, zuletzt Koordinator für den Abzug der NATO-Kampfeinheiten aus Afghanistan. Was er eigentlich genau macht, weiß aber niemand. Da er die USA hinter sich hat und für afghanische Verhältnisse als kompetenter Politiker in Erscheinung getreten ist, musste Karzai ihn irgendwie unterbringen. Ahmadzai hat sich getraut, General Abdul Raschid Dostum, der sich wegen seiner Vergangenheit als Milizen-Chef der prosovjatischen Linksregierung im Westen unbeliebt machte, zu seinem ersten Stellvertreter zu wählen. Dostum ist aber der Einzige der derzeitigen Politikerkaste am Hindukusch, der sich öffentlich auf Facebook für die begangenen Grausamkeiten auf beiden Seiten in den Jahren des Bürgerkrieges entschuldigt hat. ...

Ein weiterer Kandidat war Abdullah Abdullah, Leiter der nach dem ermordeten Panjschiri-Warlord benannten Stiftung Ahmad Schah Masud. Der geschmeidige, wie Afghanen es nennen, „seifige“ Abdullah hatte ausgerechnet als Stellvertreter Mohammad Khan von der islamischen Partei von Gulbudin Hekmatyar und den berüchtigten Warlord Mohammad Mohaqeq aus der Hesbe Wahdat gewählt. Abdullah wurde von der Panjschiri-Clique, bekannt als Nordallianz, unter anderem vom Mohammad Jonus Qanuni, Mohammad Atta Noor, genannt „König von Balkh“ unterstützt. Abdullah beabsichtigt, im Falle seines Sieges das Präsidentsystem abzuschaffen und das Amt eines Ministerpräsidenten einzuführen, sagte sein Stellvertreter Mohaqeq am 16. März 2014 in Aryana NEWS TV. ...

Im Sommer 2013 waren es dann schon insgesamt 27 Kandidaten, darunter nur eine Frau (Khadijah Ghasnawi), die ihre Kandidatur bei der „Unabhängigen Wahlkommission“ Independent Electoral Commission (IEC) angemeldet hatten. Frau Ghasnawi wurden in einer von brutalen Männern dominierten Gesellschaft so gut wie keine Chancen eingeräumt. Der „Kaiser“ Karzai sah auf einmal ziemlich nackt aus. Weil fast die Hälfte seiner Kabinettsmitglieder, Behördenchefs und zahlreiche Provinzgouverneure oder Karzai treue Parlamentarier zurücktraten, um sich in letzter Minute als Präsidentschaftskandidat oder dessen Stellvertreter registrieren zu lassen. Einige traten aber vor dem Amt der IEC ziemlich martialisch auf. Die ehemalige Modjahedin-Kommandanten und derzeitigen mächtigen „Warlords kamen mit Dutzenden Bewaffneten wie zum High Noon.“ Einer von ihnen war der größte Massenmörder, der „wegen Kriegsverbrechen und ethnischer Säuberungen großen Stils“ berüchtigt ist, dazu noch ein Extremist par excellence und strenger Salafist, Abdul Rab Mohammad Rassoul Sayyaf, der seit 1978 tausendfach Verbrechen begangen hat. Er ist der Islamist, der nicht nur Osama Ben Laden und seine Al Qaeda nach Afghanistan geholt hatte, sondern als einer seiner besten Freunde galt. Sayyaf hatte in den 80er und 90er Jahren Camps in Afrika und Asien betrieben, wo hunderte Terroristen ausgebildet worden sind. Als Parlamentsabgeordneter in Kabul hat er sich dann aus verständlichen Gründen „für ein Amnestiegesetz für Kriegsverbrecher stark gemacht.“ Nach dem Ende des Talibanregimes im Oktober 2001 hatte er sich auf die Seite der US-Besatzungsmacht geschlagen. Dafür wurde er mit hohen Posten im Justizapparat belohnt. Als er vor drei Jahren gegen die USA polemisierte, hatte er in einer Nacht einen freundlichen Besuch in seinem Schlafzimmer von US-Sondereinheiten bekommen. Es wurde ihm bedeutet, wenn er in Zukunft seinen Mund nicht halte, würde man ihm ein paar Kugeln ins Gesäß schießen, erzählte mir Hady*, ein gut informierter Freund mit Verbindungen nach oben. Wären Sayyaf und Co. serbische Staatsbürger gewesen, säßen sie schon längst vor dem internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Sayyaf gehörte zu den stärkeren Kandidaten, aber als Wahlsieger räumten ihm die Beobachter kaum eine Chance ein. Auch sein erster Stellvertreter, Warlord Mohammad Ismail (genannt Ismail Khan) ist aus demselben Teig gemacht, wie die Afghanen zu sagen pflegen. Am 17. März 2014 haben konservative Geistliche zur Unterstützung von Sayyaf aufgerufen, meldete Tolo TV. Auf dem Wahlplakat von Sayyaf wurde mit der Parole „Recht und

Ordnung“ erworben. Sollte man dies tatsächlich am Hindukusch durchsetzen, müsste Sayyaf als erster hinter Gitter. Außerdem kandidierte noch der Warlord und Karzais Vertrauter Gul Agha Shirzai, Gouverneur der ostafghanischen Provinz Nangrahar, der wegen seines robusten Umgangs als Bulldozer bekannt ist, der alles verkörpert, was für die Modjahedin-Kommandanten und Warlords typisch ist: „Gier, Grausamkeit, Verachtung für die Menschenrechte. In seinem Fall kommt noch hinzu. Missbrauch von kleinen Jungen als Sexsklaven.“ Als Minister für Städtebau im ersten Kabinett von Karzai begleitete Shirzai persönlich seine Heroinfracht per Flugzeug von Helmand nach Kabul. Obwohl der Pilot darauf hingewiesen hatte, dass die Maschine überlastet sei, erzwang Shirzai den Transport seiner Ladung nach Kabul. ... Spätestens seit 2001 pflegte Shirzai engste Kontakte zum US-Geheimdienst. „Gul Agha Sherzai [was] a former warlord favored by the C.I.A.“ Der ehemalige Verteidigungsminister General Abdul Rahim Wardag hat auch Präsident werden wollen. Da er in den 70er Jahren seine Ausbildung in den USA bekommen hatte und über gute CIA-Verbindungen verfügt, erhöhte dies seine Chancen. Als Minister hatte er mal 7,5 Mio. \$ an die Abgeordneten gezahlt, um vom Parlament als Minister bestätigt zu werden. Sein Sohn ist als Inhaber einer Sicherheitsfirma stets beim US-Besatzer in Dienst und verdient dabei sehr viel Geld.

Es gibt noch zwei Monarchisten als Kandidaten, so Hedayat Amin Arselan und Sardar (Prinz) Mohammad Nadir Naim aus dem Mohammad Saiclan des ehemaligen Königs Mohammad Zaher. Dieser ist in der gesamten neuesten Geschichte Afghanistans, besonders im 20. Jahrhundert, als Versager hervorgetreten. Seine Politik ist im Grunde einer der Hauptfaktoren, die zur Katastrophe, wie Revolte, Putsch, Bürgerkrieg und im Endergebnis zur Besetzung Afghanistans durch USA und NATO geführt haben.

No Ausländer

Kurz nach der Registrierung der Kandidaten wurden über die Hälfte der Bewerber wegen ihrer Doppelstaatsbürgerschaft von der Kandidatenliste gestrichen. Insgesamt wurden sechzehn der zunächst 26 Präsidentschaftskandidaten und später siebzehn der 27 wegen des Besitzes ausländischer Pässe bzw. ihrer doppelten Staatsangehörigkeit disqualifiziert, unter anderen Handels- und Gewerbeminister Ahadi. Im Grunde sind die unerwünschten Kandidaten disqualifiziert worden. Die Persona-

lien der genehmen Kandidaten wurden nicht veröffentlicht, kritisierte Mohammad Asef Ashna, ein politischer Kommentator, in einem Rundtischgespräch am 21. März 2014 in einer Fernsehsendung. Er wies daraufhin, dass die IEC keinesfalls unabhängig sei. Auch der anwesende Danesh Karukhel hob die Parteilichkeit der IEC hervor.

Die ausgeschiedenen Kandidaten waren zumeist Inhaber von US-Pässen, hatte Ahmed Yousuf Nuristani, Leiter der IEC am 22. Oktober 2013 mitgeteilt. Die meisten Präsidentschaftskandidaten sind in verschiedenster Art und Weise mit der Karzai-Clique eng verflochten. US-Pässe besitzen nicht nur die Kandidaten, sondern auch viele andere Personen der afghanischen Elite, die seit 2001 von außen am Hindukusch eingesetzt worden sind. Seitdem haben sie den Körper des Staatsapparates wie ein Krebsgeschwür verseucht. Wenn man sich die Kandidatenliste genauer anschaut, sind alle Schattierungen der ehemaligen Modjahedin-Kommandanten, Warlords und aus dem Westen importierten Afghanen vertreten. Die Afghanen sagen, öffentlich polemisieren sie gegeneinander, aber hinter verschlossenen Türen teilen sie sich untereinander brüderlich die Beute auf. Gefehlt hatte es gänzlich an Kandidaten der Zivilgesellschaft und des demokratischen Spektrums. Sie wären sehr wahrscheinlich von den Warlords bedroht evtl. ermordet worden und darüber hinaus fehlte ihnen sowohl externe politische Unterstützung als auch Spenden zur Finanzierung des Wahlkampfes.

Die Gegner der Wahlen

Der bewaffnete Widerstand, bekannt als Taliban, hat in seiner ersten Aktion am 17. September 2013 Amanullah Aman, den Chef der örtlichen Wahlkommission in der nordafghanischen Provinz Kunduz erschossen. Aman hatte schon am 14. September nicht vor den Taliban, sondern vor den Milizen gewarnt, die den Wahlprozess zu beeinflussen beabsichtigen. „Von ihnen gehe derzeit eine größere Gefahr aus als von den Taliban“ hob er hervor. Es ist höchst wahrscheinlich, dass tatsächlich nicht die Taliban, sondern diese allseits gefürchteten Milizen Aman ermordet haben. Allein im Distrikt Khan Abad im Norden des Landes marodieren 6000 solcher Milizen, die von den ehemaligen Modjahedin-Kommandanten angeführt werden. Sie wurden im Jahre „2009 von amerikanischen Spezialkräften“ für den Einsatz gegen die Taliban ausgebildet und ausgerüstet. „Inzwischen sind sie zu Verbrecherbanden mutiert, die in Drogen- und Waffenschmuggel involviert sind.“ Eine schöne US-Bescherung, womit sich die Afghanen noch sehr lange werden herum

schlagen müssen. Am 25. März 2014 hat der Widerstand im westlich gelegenen Stadtteil von Kabul, in Darul Aman, bei einem Angriff auf das Büro der IEC einen Kandidaten für die Provinzwahlen, drei Polizisten und einen Zivilisten getötet, meldeten Kabuler Fernsehanstalten. ...

Alle sind käuflich!

Auch Afghanistan ist eine Warengesellschaft, wo alles käuflich und verkäuflich ist. Das Kaufen und sich Verkaufen der Kandidaten hat schon begonnen. Viele der Kandidaten haben, wie in der Vergangenheit, ihre Kandidatur zu Gunsten eines der aussichtsreicheren Kandidaten zurückgezogen. Dabei spielte Bakschisch oder neue Postenzusage eine wichtige Rolle.

Auch Mohammad Atta Noor hat auf seine Kandidatur verzichtet. Der schlaue und machtbesessene „König von Balkh“ handelt nach dem Motto: lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach. ...“. Er zieht es eben vor, lieber „König von Balkh“ zu bleiben als Bürgermeister von Kabul zu werden und machte stattdessen für seinen Parteigenossen Abdullah Wahlkampf, wie bei den letzten Wahlen 2009, als er Karzai bis zur Weißglut gereizt hatte.

Abdul Qaium Karzai hat zu Gunsten von Zalmay Rassoul auf seine Kandidatur verzichtet. Dies gab jedoch nicht Qaium, sondern Hamid Karzai auf einer Pressekonferenz am 8. März 2014 in Kabul bekannt. Es deutet alles darauf hin, dass Hamid seinen Bruder Qaium Karzai veranlasst hat, diesen Schritt rechtzeitig zu vollziehen, um die Chancen für Rassoul zu verbessern. Darüber hinaus vertraut Karzai seinem Bruder Qaium nicht. ...Da Karzais Opportunismus grandios ist, kann auch sein Favorit über Nacht ein anderer sein. Deswegen hat er sich noch nicht, zumindest nicht öffentlich für eine bestimmte Person entschieden. Die Stärkung der Position von Rasoul setzte sich fort, denn am 26. März 2014 meldete der von der CIA finanzierte Radio Azadi in seinem paschtosprachigen Nachrichten, dass auch Sardar Mohammad Nadir Naim auf seine Kandidatur zu Gunsten von Rasoul verzichtet habe. Rasoul und Naim gehören derselben Sippe um den ehemaligen König Mohammad Zaher an. Von ursprünglich 27 Kandidaten waren am 27. Februar elf am 6. März zehn, am 21. März neun und am Wahltag nur noch acht übrig geblieben. Beobachter am Hindukusch gingen davon aus, dass folgende drei Kandidaten: Abdullah, Rasoul und Ahmadsai als Favoriten um den Posten des künftigen Kabuler Präsidenten ins Finale gehen würden.

Jihad als Werbeobjekt

Sowohl die sich als islamistisch als auch die sich als säkular präsentierenden Kandidaten, wie Rasoul, haben bei ihren Wahlkämpfen ein Loblied auf die Mudjahedin gesungen. Damit wurden die Kriegsverbrecher und Mordtaten vieler Warlords und ihrer Entourage in schönen Farben als Wahlkampffutter dargeboten. Hier wird deutlich, wie sehr Afghanistan auf den Hund gekommen ist. Zum ersten Mal wurde bei Fernsehduellen auch inhaltlich diskutiert. Nur der Finanzfachmann Ahmadzai stellte „einen detaillierten Zehnjahresplan zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ vor. - Er hat angekündigt, „innerhalb von fünf Jahren die Landwirtschaft zu sanieren, Eisenbahnlinien zu bauen, Bürokratie zu beseitigen, Steuer zu senken, die Teppichindustrie zu retten und ‚Trockenhäfen‘ für afghanische Exportindustrie zu installieren.“ Da Afghanistan kaum über Infrastruktur und Exportprodukte verfügt und fast niemand Steuer zahlt, wird das Alles nur ein Wahlversprechen bleiben. Ahmadzai hat angekündigt, dass am ersten Tag seine erste Amtshandlung die sofortige Unterzeichnung des „Sicherheitsabkommen“ mit den USA sein wird. Der Wahlkampf am Hindukusch hatte deutlichen US-amerikanischen Charakter. Es sind zahlreiche bestellte „Schreijungs“, wie die Afghanen sie nennen, die bei jeder Wahlveranstaltung die Kandidaten begleiteten und nach fast jeder unbedeutenden Aussage, wie Schakale ein ohrenbetäubendes Geschrei anfangen, so dass der Kandidat kaum zu verstehen war. In der nordafghanischen Stadt Masare Scharif hat der Gouverneur Mohammad Atta Noor, einer der engsten Verbündeten von Abdullah „mehrere hunderttausend Menschen“ zu Abdullahs Auftritt abkommandiert.

Ziaul Haq Omarkhel, ein Funktionär der IEC, hat am 25. März 2014 bei einer Veranstaltung vor Geistlichen sowie Stammes- und Dorfvorstehern, die er als Wahlpropagandisten gewinnen wollte, angekündigt, dass am 16. Hamal 1393 (5. April 2014) nur dort Wahlen durchgeführt würden, wo die Sicherheit gewährleistet sei. Damit werden 10 % der Wahllokale, d.h. rund 750 Wahlzentren geschlossen bleiben, wie dpa am 29. März 2014 meldete. Später wurde jedoch bekannt gegeben, dass „200 der 6000 Wahllokale“ geschlossen blieben. Meine Beobachtungen vor Ort bestätigen die Befürchtung, dass die von Karzai bestellte IEC, die Wahlbezirke als unsicher einstufte, wo die Gegner der Karzai-Bande am aussichtsreichsten waren. Solche Ortschaften wurden auch nicht angemessen gesichert. Für den Distrikt Charkh der südlich von Kabul liegenden Provinz Logar - man könnte sagen, vor den Toren Kabuls - stellte die Regierung nur 550 Sicherheitskräfte ab. Niemand würde hier

wählen gehen, sagten die Bewohner. Nach den Wahlen zögen die Sicherheitskräfte bis auf 150 Mann ab. Aber die Taliban blieben hier, sagten sie. Die Regierung hätte hier nichts zu sagen, gab der Distriktgouverneur Khalilullah Kamal offen zu.

In der Endphase des Wahlkampfes wurde mit allen Bandagen gekämpft. „In manchen Provinzen sollen Waffen verteilt worden sein, um dem Einfluss von Kandidaten auf die Wahlkommission Nachdruck zu verleihen.“

...

EU-Wahlbeobachter unter Quarantäne

Die 16 EU-Wahlbeobachter aus dreizehn europäischen Ländern trauten sich kaum aus ihrem Luxushotel „Serena“ in Kabul heraus. Die „internationalen Wahlbeobachter haben dem mit 100 Millionen US-Dollar aus dem Ausland finanzierten Urnengang aus Furcht vor Anschlägen bereits den Rücken gekehrt und sind abgereist“, bevor die Wahlen überhaupt stattgefunden hatten. Sie konnten nur wenige Wahllokale in Kabul besichtigen und stellten nicht ganz so massive Fälschungen fest wie 2009, berichtete WDR5 am 6. April 2014. Damals stank die Sache bis zum Himmel, heute nur noch bis zur Spitze des Hindukusch. Diese ist ja gut 5000 m hoch. Wenn das kein Trost ist. Schon ein Tag danach wurden 162 Beschwerden bei der IEC eingereicht. Am 9. April waren es schon 1500, wie dpa meldete. Die Beobachter rechneten mit einer Flut von Beschwerden. Die aussichtsreichen Kandidaten waren jedoch im Vergleich zu 2009 relativ leise. Sie beklagten den Wahlbetrug, aber keiner von ihnen stellte die Gültigkeit der Wahl in Frage. Dies bezeugt, dass ausnahmslos alle an den Betrugereien gleichmäßig beteiligt waren.... In manchen Wahllokalen hatte sogar die Polizei die Wähler an der Stimmabgabe gehindert, anderswo gab es nicht ausreichend Stimmzettel. Selbst im Westen von Kabul, in „Daschte Bartschi“, wo zwei Mio. schiitische Hazarah wohnen, fehlten schon am Mittag Stimmzettel. „Zwölf Stimmlokale sind seit heute Mittag geschlossen“, dies empfand Haji Ramzin, ein Sprecher der Volkgruppe der Hazarah, als „Diskriminierung“. Es war ganz klar, dass die Hazarah auf keinen Fall für Karzais Favoriten stimmen würden. Insgesamt gab es schon ab Mittag in 15 von 34 Provinzen des Landes keine Stimmzettel mehr. „Hunderte meiner Wähler konnten heute nicht abstimmen“, beschwerte sich Abdullah. Da Wählerlisten vorlagen, hätte dies nicht passieren dürfen. Entweder haben einige Wähler mehrfach gewählt, oder es wurden die der Karzai-

Bande nicht genehmen Wahllokale absichtlich mit weniger Stimmzetteln beliefert....

Das in Kabul ansässige Institut, Afghanistan Analyst Network (AAN) berichtete, dass es 13,5 Mio. Stimmberechtigte gäbe. Andere Quellen sprachen von 12, 15 bzw. 21 Mio. Wahlberechtigten. Im Umlauf waren jedoch 21 Mio. Wahlkarten. Darüber hinaus wurde geschätzt, dass „mehr als 30 Prozent mehr Wahlkarten ‚auf dem Markt‘ sind, als es Wahlberechtigte gibt.“ Damit waren Stimmenkauf und Manipulation programmiert. Vor allem auf dem Land, wo „kollektiv abgestimmt“ wird. Stammes bzw. „Lokale Führer verkaufen die Stimmen ihrer Untertanen gegen Geld und Regierungsposten im Voraus an Zwischenhändler.“ Es sind auch tatsächlich „viele Stimmzettel gefälscht“ worden. Am 11. April wurde nach Angaben von AAN aus Kabul über signifikante Unregelmäßigkeiten und wie gehabt Einschüchterungen, gefälschte Stimmzettel und Geisterwahllokale berichtet. Die überwiegenden Betrugsvorwürfe, die bei der „Unabhängigen Wahlbeschwerdekommission“ eingereicht wurden, „richten sich gegen lokale IEC-Mitarbeiter, die Unregelmäßigkeiten zugelassen haben.“ Hier hatte man den Bock zum Gärtner gemacht. Darüber hinaus „wurden viele Fälle gemeldet, bei denen bereits mit Stimmzetteln gefüllte Wahlurnen zu den Lokalen gebracht worden“....

Während US-Präsident Barack Obama die Wahlen als „entscheidend für die demokratische Zukunft Afghanistans“ bezeichnete, sprach NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen von einem „historischen Moment.“ Die ausländischen Diplomaten in Kabul bezeichneten den Urnengang als vorbildlich. Der außenpolitische Kommentator der FAZ, Klaus-Dieter Frankenberger, sah darin sogar, eine nachträgliche Rechtfertigung für den Bundeswehreininsatz am Hindukusch. Wenn es „auch nicht überall so frei und fair“ bei den Wahlen zugegangen sei...

Am 15. Mai wurde das amtliche Endergebnis verkündet. Demnach erhielt Abdullah 45 % (überwiegend der Tadschiken und Hazaras) und Ahmadzai 31,6 % (vor allem der Paschtunen, Uzbeken und Turkmenen). Bis dahin gäbe es genügend Zeit für weitere Betrügereien, wie Mohammad Nader Nadery von der afghanischen Wahlbeobachterorganisation „Free and Fair Election Forum of Afghanistan“ (Fefa) feststellte. Ahmadzais Vizepräsidentenkandidat Abdul Raschid Dostum hat bei einer Wahlkampfveranstaltung angekündigt: „Wir werden eher den Tod als eine Niederlage akzeptieren.“ Ein Verbündeter Ahmadzais hat gedroht: „Wenn die Wähler einen Fehler machen, droht dem Land ein Krieg.“ Es

ist allgemein bekannt geworden, dass Verbündete der Kandidaten ihre Gewährsleute bewaffnet haben....

Alle meine Gesprächspartner am Hindukusch gingen auch diesmal von massiven Wahlfälschungen, Stimmenkauf, Drohungen und Einschüchterungen der Wähler aus. Nach Ergebnissen einer breit angelegten Studie des Fefa sind 46 % der Afghanen der Überzeugung, dass auch bei diesen Wahlen so „dreist manipuliert wird, wie bisher.“ Und sie sind übereinstimmend der Meinung, daß das letzte Wort im afghanischen Wahlkarussell die US-Besatzer hätten. Sie entschieden eigentlich, wer in Kabul Präsident werden dürfe. Alles andere sei nur ein Theater, das wir Afghanen seit 2001 mehrfach erlebt hätten, hoben sie hervor. Die Menschen am Hindukusch haben längst den Glauben an ein demokratisches System verloren. „Wieso sollen wir unser Leben aufs Spielsetzen, wenn unsere Stimme doch nicht zählt?“, fragt der 32-jährige Sher Mohammad aus einem Dorf in der Provinz Helmand. Die bewaffnete Opposition bezeichnete die Wahlen als einen von den USA gesponserten Schwindel.

Am 14.Juni 2014 fand die Stichwahl statt, bei der Aschraf Ghani Ahmad-sa 56% der Stimmen erhielt. Da das Ergebnis von den Anhängern Abdullahs nicht anerkannt wurde, war das Ergebnis erst nach langen Verhandlungen unter Beteiligung des US-Außenministers Kerry erst am 21.September anerkannt, nachdem Abdullahs Gefolgsleuten das Amt des Ministerpräsidenten zugesprochen wurde.

Unabhängig von den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen wird das von außen importierte und mit dem afghanischen Warlordismusvirus infizierte politische System am Hindukusch auf absehbare Zeit fragil bleiben.

* Namen geändert.

Impressum

Der pax-christi-Rundbrief wird kostenlos an alle Mitglieder der katholischen Friedensbewegung pax christi im Bistum Trier verschickt.

V.i.S.d.PG: Albert Hohmann -Texte und Fotos von: Waltraud Andruet, atomwaffenfrei.de, Dr. Matin Baraki, Heribert Böttcher, Dominik Kloos, Albert Hohmann, Rudi Kemmer, Ökumenisches Netz, Egbert Wisser.

Konto: IBAN: DE08 3706 0193 3002 9020 19 BIC:GENODED1PAX

Atomwaffenstandort Büchel wird erneut blockiert

Im Gedenken an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki und angesichts der Tatsache, dass in Büchel immer noch Atombomben lagern, fanden auch in diesen Sommer dort Demonstrationen und Blockaden statt. Besonders brisant ist, dass inzwischen nicht mehr über die Abschaffung sondern über deren Modernisierung diskutiert wird.

Werner Schwarz(Gruppe Trier) und Joachim Willmann(Gruppe Wittlich) waren bei der Planung und Durchführung der Protesttage eingebunden. Die Gruppe aus Koblenz setzte am 06.08. mit einem Wortgottesdienst um 20.15 Uhr am Standort Büchel einen besonderen Akzent(vgl. auch Bilder). Es folgen ein Kurzbericht über eine Blockade, ein kurzes Resümee der GAAA, die Fastenaktion des Versöhnungsbundes und Hinweise auf Vorhaben in 2015.

Atomwaffen-Modernisierung verhindern!

Büchel, 08.08. 2014. Seit 5:30 Uhr heute Morgen blockieren Friedensaktivist_innen die beiden Hauptzufahrts-Tore des Atomwaffenstützpunktes Büchel bei Cochem, Rheinland-Pfalz. Die Aktionsteilnehmer_innen haben gestern beschlossen, trotz der angeblichen und aktuell widerlegten Terrordrohung, weiter Druck auf die Regierung für den Abzug der hier stationierten US-Atomwaffen auszuüben. Die Anti-Atomwaffen-Aktivist_innen sind sich darin einig: Wenn sich unsere Regierung tatsächlich um die Sicherheit dieser völkerrechtswidrigen Atomwaffen sorgt, braucht sie diese nur in die USA zurück zu schicken. Marion Küpker von der GAAA befürchtet, dass der Bücheler Militärstandort und seine Region gerade aufgrund der hiesigen Atomwaffen und auch weiterer moderner Angriffswaffen, wie z.B. dem Taurus Marschflugkörper, im aktuell sich weiter zuspitzenden Konflikt zwischen Russland, der Ukraine und der NATO Zielobjekt in einem Kriegseinsatz auf europäischem Boden werden könnte.

Politisch war - seitens des Bundestages - bereits beschlossen worden, auf den Abzug der Atomwaffen in Büchel hinzuwirken, doch jetzt werden sie mit dessen stiller Zustimmung „modernisiert“, d.h. die Bombe wird mit geringerer nuklearer Sprengkraft ausgestattet und damit einsatzfähiger, durch ihre neuen Flügel gleitfähiger und über Satellitensysteme zielgenauer lenkbar sein. Das setzt die Schwelle ihres Einsatzes herab. Der Atomkrieg – aus Versehen oder beabsichtigt – rückt näher...

Die eigentliche Gefahr geht daher von der Existenz der Atomwaffen und der beschlossenen Atomwaffen-Modernisierung aus, die 2015 beginnt und bis 2018 abgeschlossen sein soll. Die Umrüstung der deutschen und

italienischen Tornados wird etwas mehr als zwei Jahre in Anspruch nehmen. Im Rahmen der Umrüstung erhalten die vorhandenen Atom-bomber eine verbesserte Software; außerdem werden Flugtests mit der integrierten neuen Bombe durchgeführt. Das neu entwickelte Fern-steuerungsleitwerk ist bereits in der Erprobungsphase. Für 2015 sind sieben Testflüge geplant. Der Atomsprengkopf und einige nicht atomare Bauteile der Bombe werden erst zum Ende der Dekade zur Verfügung stehen. Die erste komplette B61-12 soll 2020 einsatzbereit sein, so Hans M. Kristensen, Direktor des Nuclear Information Projects der Federation of American Scientists.

Die geplante Umrüstung der B61-Bombe wird bis 2019 mehr als 10 Mil-liarde Dollar kosten. Weitere 154 Millionen Dollar sollen für eine bessere Absicherung der Atomwaffenbasen in Europa gebraucht werden. Gelder, die nach Ansicht der Aktivist_innen wesentlich besser für die Erhaltung der Lebensgrundlagen aller Menschen ausgegeben werden sollten!

An der Aktion beteiligen sich Aktivist_innen der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA); des Jugendnetzwerkes für politische Aktionen (JunepA); Mitglieder von Sortir du nucleaire/Frankreich; der FriedensreiterInnen und dem Initiativkreis gegen Atomwaffen und andere. Ziel der Aktion ist es, den reibungslosen Betriebsablauf des „Fliegerhorstes“ zu behindern und damit öffentlichen Druck auf unsere Regierung auszuüben. Unser Widerstand soll Zeichen gegen den alltäglichen atomaren Wahnsinn der Atommächte sein und steht für eine Welt ohne Atomwaffen, Krieg und Gewalt.

Resümee von Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen

Gestern endete das 10-tägige Aktionscamp gegen Atomwaffen am Bücheler Haupttor. Einstimmig bezeichneten die Teilnehmer_innen die gewaltfreien Aktionen als gelungen. Die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) hat angekündigt, im nächsten Frühjahr eine neue länger dauernde Aktion „Büchel 65“ zu starten.

Die Teilnehmer_innen des Aktionscamps erklärten, die Aktionen der letz-ten 10 Tage hätten gezeigt, wie der Betrieb auf dem Fliegerhorst am effektivsten zu stören sei. Sie wollen diese Erkenntnisse für die zukünf-tige Aktionsplanung nutzen, um weiterhin Druck auf die Bundesregierung auszuüben, die illegale Stationierung von Atomwaffen in Deutschland zu beenden und die geplante Modernisierung der Bücheler Atombomben zu verhindern. Bei der so genannten Modernisierung handele es sich in

Wirklichkeit um die Produktion einer neu entwickelten nuklearen Präzisionswaffe, so die Gruppe.

Die Aktivist_innen halten die Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel aus zwei Gründen für völkerrechtswidrig: Erstens hat der Internationale Gerichtshof im Jahr 1996 in einem Rechtsgutachten die Androhung mit und den Einsatz von Atomwaffen für generell völkerrechtswidrig erklärt. Da die Stationierung dieser Atombomben der atomaren Abschreckung dienen soll, beinhaltet die Stationierung auch die Androhung von ihrem Einsatz. Auch wird der Einsatz regelmäßig geübt. Zweitens verbietet der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) jeglichen Transfer von Atomwaffen von so genannten "Atomwaffenstaaten" auf "Nicht-Atomwaffenstaaten". Die nukleare Teilhabe beinhaltet aber einen solchen Transfer. Dieser Verstoß gegen den NVV wird bei Überprüfungskonferenzen des Vertrags immer wieder thematisiert, zuletzt im Jahr 2010.

Fastenaktion des Versöhnungsbundes

Die diesjährige(fünfte) öffentliche Fastenaktion des Versöhnungsbundes begann anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Versöhnungsbundes am 01.08. in Konstanz und wechselte zum 05.08. nach Büchel vor das Haupttor des Atomwaffenlagers. Täglich wurden Friedensandachten abgehalten: in Konstanz 8:15, 12:00 und 20:15 Uhr(Ortszeit Hiroshima beim Abwurf der Bombe), dann ab dem 05.08. in Büchel 8.15 und 20:15 Uhr und um 18:00 Uhr in Cochem. Ergänzt wurden diese Andachten durch Mahnwachen und Infostände. Am 06.08. wurde an der Moselbrücke in Cochem ein Transparent für eine atomwaffenfreie Ferienregion entrollt.

2015

Die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) kündigt jetzt an, im nächsten Jahr am 26. März – dem Tag, an dem 2010 der Bundestag die Regierung aufforderte – auf den Abzug der Bücheler Atombomben hinzuwirken, die neue Kampagne „Büchel 65“ zu starten. Die Zahl 65 steht für die Anzahl der Aktionstage, da voraussichtlich 65 Tage nach dem 26. März 2015 die nächste Konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag bei der UN in New York zu Ende gehen wird. Selbstverständlich sind auch wieder ein Ostermarsch und im Sommer eine Fastenaktion geplant.

Christlich-islamisches Gespräch in Wittlich vom 14.10.2014 über Hiob in Bibel und Koran.

Auf Einladung von pax christi - Gruppe Wittlich und dem christlich-islamischen Gesprächskreis haben Frau Liselotte Musseleck Religionslehrerin i.R. und Herr Tahir Dogan Dialogbeauftragter der Wittlicher DITIB-Gemeinde, vor 30 Besuchern die jüdisch-christlichen und die muslimischen Vorstellungen zum Hiobstext dargelegt.

Im Vorfeld des Gesprächs wurde zum Thema des IS-Terrors eine Kurzfassung der bundesweit veröffentlichten Erklärung „Kein Terror im Namen des Islam“ des Koordinationsrates der Muslime verlesen. Es wurde deutlich gemacht, dass sowohl das Entsetzen über die Gewalt und das Leid unter dem Terror, als auch das Anliegen von Gerechtigkeit und Frieden Christen und Muslimen gemeinsam sind.

Hiob, ein wohlhabender orientalischer Patriarch, gesegnet mit Familie und Freunden, reich an Gesinde, Land und Herden von Vieh, gottesgläubig, gottesfürchtig von vorbildlichem gerechten friedensbedachtem Verhalten. Wie es in den biblischen und islamischen Erzählungen heißt, wurde er in kurzer Zeit von Unheil, Unglücken und herben Verlusten wie dem Tod von Kindern, von Vieh, von Gesundheit bis auf den Verbleib des nackten Lebens – wie es heißt mit Gottes Einverständnis – geschlagen.

Der Islam sieht schwerpunktmäßig das Leid als Prüfung und Erziehungsmaßnahme Gottes. Niemand hat Anspruch auf Glück; Dankbarkeit für das Gute, das uns widerfährt, sollte zu Geduld und Ergebung in schweren Zeiten des Lebens und zum Lernen führen. Solche Haltung wird Gott im Paradies reich belohnen.

In der Bibel treten dann Freunde auf, die beistehen und guten Rat geben wollen, aber auch tadeln und hinterfragen „Ist es je einem schlecht ergangen der vor Gott untadelig gelebt hat?“ Hiob zuerst mit den Freunden, dann mit Gott ein Anklage- und Streitgespräch. Er fühlt sich nicht schuldig und nicht zu Recht bestraft. Gott antwortet ihm, tadelt ihn nicht für seine Klage, sondern er ruft ihn auf: „Stehe auf und zeige dich als Mann“. und fragt: Kannst Du was ich für die Welt und für Dich getan habe? Weißt Du um das alles?

Aus jüdisch-christlicher Sicht hat Gott die Welt mit ihren eigenen Gesetzhaltungen geschaffen, denen auch der Mensch unterliegt. Einen Zusam-

menhang zwischen Schuld und Unglück lehnt der christliche Glaube ab. Eine direkte Antwort auf die Frage: „Warum lässt Gott das Leid zu?“ haben wir als Christen nicht. Doch eine andere Antwort gibt Jesus mit seinem Leben und Evangelium der sich in Treue zu seinem Heilsauftrag in den Tod am Kreuz fügt. Gott bewahrt ihn nicht vor dem Tod aber er lässt ihn nicht im Dunkel des Todes, sondern erweckt und erhöht ihn zu ewigem Leben an seiner Seite.

Von jüdisch-christlicher Seite wird der Hiob-Text in der Bibel weder als historischer Bericht noch als unmittelbares Gotteswort gesehen, wohl aber als eine göttliche Lehrweisheit in einer literarischen Erzählung – und so als Gottes Wort.

An die beiden in dialogischem Wechsel gehaltenen Vorträge schloss sich ein lebhaftes Gespräch in Form von Fragen Antworten und Statements an. Wohltuend war die gegenseitige Respektierung, auch bei stark unterschiedlichen Auffassungen.

Bericht von Rudi Kemmer

Militärseelsorge abschaffen

Der Titel der Veranstaltung war provokant und sorgte für eine interessante Diskussion zwischen Pfarrer Matthias Engelke (Versöhnungsbund/Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge und Militärpfarrer), Diakon Horst Peter Rauguth (Geistlicher Beirat Pax Christi, Deutsche Sektion) und dem katholischen Militärpfarrer Marius Merkelbach aus Saarlouis am 21.07.14 im evangelischen Gemeindezentrum in Saarlouis. Michael Mansion stellte im Rahmen seiner Moderation zunächst fest, dass die Diskussion zu einem solchen Thema einen durchaus brisanten Hintergrund habe, welcher einmal durch die angespannte internationale Lage sowie das Kriegsgeschehen auf dem europäischen Kontinent gekennzeichnet sei.

Alle Diskussionsteilnehmer konnten sich sehr schnell zumindest in dem Sinne einig werden, dass es vor allem aus christlicher Sicht das Ziel sein müsse, ein Ende aller bewaffneten Auseinandersetzungen anzustreben, was zugleich auch die Abschaffung des Militärs schlechthin bedeute.

Unterschiedliche Ansichten gab es hinsichtlich eines Verbleibs der Militärseelsorge im staatlichen Verbund, wobei Pfarrer Engelke sowohl

vor diesem, als auch vor dem Hintergrund der aus seiner Sicht verpassten oder nicht gewollten notwendigen Reformen für eine Abschaffung der klassischen Militärseelsorge plädierte. Für ihn ergibt sich ein nicht auflösbarer Widerspruch zwischen Christsein und Einbeziehung der Seelsorge in das Militär in der Aufhebung des Tötungstabus durch die eine staatliche Institution wie das Militär.

Dagegen betonte Militärpfarrer Merkelbach aus seiner Sicht die Wichtigkeit einer möglichst großen Nähe des Seelsorgers zu den Soldatinnen und Soldaten, die man dort abholen müsse, wo sie sich jeweils aktuell befänden. Dabei bliebe allen Beteiligten der Gewissenskonflikt nicht erspart, der im sog. Ernstfall unvermeidlich sei, jedoch in einer Welt stattfindende, die leider noch sehr weit von einem friedlichen Miteinander entfernt sei.

Diakon Rauguth teilte die Ansicht von der prinzipiell unfriedlichen Welt und verortete die Militärseelsorge intern, d.h. nicht außerhalb der Kaserne, was als eine Möglichkeit auch zur Debatte gestanden hatte.

Die von den Soldatinnen und Soldaten getroffene Gewissensentscheidung gelte es auch von Andersdenkenden in der Kirche zunächst zu akzeptieren, weil sie nicht per se gottlos sei. Dies bedeute nicht, sich nicht für eine Welt ohne Militär einzusetzen und dass Situationen für Soldaten entstehen können, wo ihr Einsatz von diesen neu durchdacht würde. Der Anspruch auf Seelsorge bleibe bestehen und könne im Sinne einer gewissen Effizienz am besten in naher Begleitung der Soldaten/innen heraus geleistet werden.

Das Forum der anwesenden Gäste wurde in die Diskussion mit einbezogen, wobei die Skepsis gegenüber einer kirchlichen Begleitung etwa von Kriegseinsätzen deutlich war.

Interessanterweise wurde auch angemerkt, dass Armeen selbst (und hier nicht nur die Bundeswehr) über einen quasi-religiösen eigenen Moralkodex verfügen, der mit der christlichen Moralethik nicht korrespondiert.

Es konnte zum Schluss zusammengefasst angemerkt werden, dass die Militärseelsorge in einem komplexen Spannungsfeld agiert und in ihrer bisherigen Form nicht zwingend Bestand haben muss, was am seelsorgerischen Beistand für die Soldatinnen und Soldaten jedoch nicht rütteln sollte.

Bericht von Waltraud Andruet

Syrien und der Nahe Osten

Veranstaltungen mit Clemens Ronnefeldt in Wittlich und Trier

Ronnefeldt plädiert für eine weitere Friedenskonferenz in der Schweiz

Zum Thema „Syrien und der Nahe Osten“ – referierte am 24. und 25.11. auf Einladung von pax christi und der AGF Trier Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent des Internationalen Versöhnungsbundes, der seit 1990 Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel, Palästina und Ägypten besucht hat.

Es wurde deutlich, wie komplex die Situation im Nahen und Mittleren Osten ist, wie viele Interessengruppen versuchen, Einfluss zu nehmen - und wie dramatisch die Lage ist, nachdem die Friedensverhandlungen in der Schweiz zu Beginn des Jahres 2014 gescheitert sind und zu den rund 160 000 Getöteten in den letzten vier Jahren täglich weitere Opfer hinzu kommen.

Der Referent erläuterte zunächst die Ausgangslage an Hand der geschichtlichen Hintergründe vom osmanischen Reich bis zur Aufteilung des gesamten Vorderen Orients durch die Außenminister von Frankreich und Großbritannien, Sykes und Picot. Während des 1. Weltkrieges teilten sie den gesamten vorderen Orient unter sich auf, Syrien stand bis zur Unabhängigkeit 1943 unter französisches Mandat. "Die Willkür der damaligen Grenzziehungen mit dem Lineal bewirkt Spannungen bis heute, die Interessen der arabischen Bevölkerung wurden nicht berücksichtigt".

Mit dem Machtantritt nach einem Putsch 1970 von Hafiz al-Assad, der im Jahre 2000 starb, begann die bis heute andauernde Herrschaft der Familie Assad. Weil diese zur Minderheit der Alawiten - einer Abspaltung der schiitischen Glaubensrichtung - zählt, achteten Vater und Sohn Assad strikt darauf, das Land säkular zu verwalten und bekämpften stark die sunnitische Muslimbruderschaft. 1982 richtete Hafiz al-Assad in Hama ein Massaker in der Hochburg der Muslimbrüder an, dessen Folgen bis heute im aktuellen Krieg seit 2011 nachwirken.

Clemens Ronnefeldt machte deutlich, dass zu Beginn des Jahres 2011 nach anfänglich gewaltfreien Protesten für mehr Demokratie die Protest-

bewegung sehr bald von ausländischen Kräften massiv militarisiert wurde. Stiftungen aus Katar und Saudi-Arabien bezahlten bald tausende von Kämpfern aus rund 40 verschiedenen Staaten, darunter auch hunderte Deutsche, die auf Seiten der Rebellen sich im Krieg mit Regierungsgruppen und auch untereinander befinden. Unterstützt würden diese von der Türkei und einigen westlichen Staaten, die mit Bashar al-Assad den wichtigsten Verbündeten Irans stürzen wollten, um damit die Regierung in Teheran zu schwächen. Diese wiederum unterstützt die schiitische Hizbollah im Libanon, wobei Syrien die Waffen aus Iran in den Libanon passieren lässt, um dadurch Druck auf Israel auszuüben, die völkerrechtlich zu Syrien gehörenden, aber von Israel annektierten Golanhöhen zurück zu fordern.

Russland unterstützt die Assad-Regierung, da sich im syrischen Tartus den einzigen Mittelmeerhafen als Anlaufstelle für seine Kriegsschiffe befindet. Da Katars Verhandlungen über eine Erdgasleitung durch Syrien 2011 scheiterten, versucht es entsprechend die syrische Regierung zu stürzen.

Nach dem Wahlsieg des bisherigen Präsidenten Bashar al-Assad vor kurzem werde es nach Einschätzung des Referenten vermutlich keine Beteiligung von Oppositionellen an der Zukunft des Landes geben. In mehr als der Hälfte des Landes, das von Rebellen und Kurden kontrolliert wird, sei nicht gewählt worden. "Inzwischen ist eine Pattsituation eingetreten, bei der weite Teile des Landes von Rebellen und nur noch etwa die Hälfte des Landes von der Regierung kontrolliert werden". Er ergänzte: "Viele westliche Staaten halten inzwischen die säkulare Regierung Assad für das kleinere Übel gegenüber Al-Nusra-Front, Al-Qaida-Kämpfern oder den Milizen der Gruppierung 'Islamischer Staat in Syrien und Irak', die ein länderübergreifendes religiös begründetes Kalifat errichten möchte". Dazu gibt es einen wichtigen Hinweis auf eine Fatwa (ein Rechtsgutachten) von 120 orthodoxen sunnitischen Imanen und Gelehrten, das die Ideologie und Praxis des IS sehr scharf verurteilt.

Ronnefeldt plädiert für eine weitere Friedenskonferenz in der Schweiz. Am Beginn einer Deeskalation stünde die Unterbrechung des Nachschubs von Waffen und Kämpfern für beide Seiten sowie ein Waffenstillstand. UN-Blauhelme könnten dann diesen überwachen und entmilitarisierte Gebiete entstehen lassen. In diesen Zonen könnten internatio-

nale Hilfsorganisationen Flüchtlinge und Verwundete versorgen. "Notwendig sind auch nationale Dialogforen, um ein Auseinanderfallen des Syriens zu verhindern", so der Referent, der auch ein striktes Rüstungsexportverbot in die Spannungsregion Naher und Mittlerer Osten forderte.

Im Jahre 2011 moderierte Ronnefeldt eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten mit 27 Teilnehmern aus Israel, Palästina, Türkei, Syrien, Iran, Irak, Jordanien und Ägypten, die länderübergreifende Arbeitsgruppen zu Themen wie Friedenserziehung, interreligiöser Dialog, Wasser und Energie sowie eine Massenvernichtungswaffen freie Zone gebildet hätten. "Eine solche Konferenz auf Regierungsebene ist seit vielen Jahren überfällig".

Rund 6,5 Millionen Menschen seien aktuell in Syrien auf der Flucht und weitere 2,8 Millionen ins Ausland geflohen. 97 Prozent dieser Flüchtlinge hielten sich in den unmittelbaren Nachbarstaaten Libanon, Jordanien, Irak und Türkei auf. Auch wenn Deutschland nochmals 10 000 syrische Flüchtlinge Aufnahme gewähren möchte, erscheint das als "äußerst geringe Zahl" – inzwischen sind 31 000 Asylgesuche syrischer Flüchtlinge eingegangen. Es komme jetzt auch in unserer Region auf eine von einer breiten Basis getragenen Bereitschaft zu vermehrter Aufnahme von Flüchtlingen an, zu nachhaltiger Solidarität und wohlwollender menschlicher Begegnung mit oft traumatisierten Flüchtlingen an. Ein Skandal seien die vielen bürokratischen Hürden, die Flüchtlinge nach Deutschland überwinden müssten. Auf ein Visum durch die deutsche Botschaft in Beirut warteten Flüchtlingen monatelang. Selbst wenn Angehörige sich in Deutschland verpflichteten, alle Kosten für die syrischen Flüchtlinge zu übernehmen, würden diese Verpflichtungserklärungen nur schleppend bearbeitet.

Die Diskussion wurde belebt durch die Schilderungen von Erfahrungen anwesender syrischer Flüchtlinge während des Bürgerkrieges und ihre Kommentare zum Assad-Regime und den militanten Kämpfern. Ihr besonderes Interesse galt dem zivilen Widerstand und der Frage, wie bei Verhandlungen über die Zukunft Syriens die Zivilbevölkerung vertreten sein könnte. Der Abend endete mit dem Appell des Referenten sich für Flüchtlinge in den betroffenen Ländern aber auch bei uns einzusetzen.

Rudi Kemmer/Albert Hohmann